

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapier Nr. 23

Stefan Schmalz

Die Verhandlungen zur panamerikanischen Freihandelszone ALCA

Hegemonieverfall neoliberaler Politikkonzeptionen
in Lateinamerika?



Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapier Nr. 23

Stefan Schmalz

**Die Verhandlungen zur panamerikanischen
Freihandelszone ALCA**

Hegemonieverfall neoliberaler Politikkonzeptionen
in Lateinamerika?

Marburg 2004

ISBN 3-8185-0394-X

Redaktionelle Bearbeitung: Bea Müller, Stefan Schmalz

FEG am Institut für Politikwissenschaft

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung.....	6
2. Zur Methode: Neo-gramscianische Internationale Politische Ökonomie und entwicklungstheoretisch angereicherte Regulationstheorie.....	9
3. Vom geschlossenen zum offenen Regionalismus.....	19
3.1. <i>Importsubstitution und regionale Integration in Lateinamerika</i>	19
3.2. <i>Die Neoliberale Wende</i>	22
3.3. <i>Der offene Regionalismus und die NAFTA</i>	24
3.4. <i>Das ALCA-Projekt</i>	28
3.4.1. <i>Zur historischen Einordnung – Von der EAI zur ALCA</i>	28
3.4.2. <i>Grundzüge des Vertrages im Jahr 2001</i>	30
3.4.3. <i>Das Foro Empresarial de las Américas</i>	32
4. Die Veränderung der sozialen Kräfteverhältnisse.....	34
4.1. <i>Finanz- und Währungskrisen in Lateinamerika</i>	34
4.2. <i>Hegemoniekrise des Neoliberalismus?</i>	36
4.3. <i>Widerstand gegen die ALCA</i>	39
5. Neue politische Kräfteverhältnisse in der Außenpolitik – Von Cancún nach Monterrey.....	42
5.1. <i>Der brasilianische Strategiewechsel</i>	42
5.2. <i>Die WTO und die G20 – Das Scheitern von Cancún</i>	44
5.3. <i>Die ALCA – Scheitern oder Kompromiss?</i>	47
5.4. <i>Der MERCOSUR</i>	49
5.4.1. <i>Entstehungsgeschichte des MERCOSUR</i>	49
5.4.2. <i>Der MERCOSUR im transatlantischen Spannungsfeld</i>	50
5.4.3. <i>Die Rekonfiguration des MERCOSUR</i>	53
6. Schlussfolgerung.....	55
7. Literatur.....	57

1. Einleitung

Es ist mitunter recht schwierig, ein politisches Projekt zu bewerten, das unter Umständen niemals in die Tat umgesetzt wird. Die geplante gesamtamerikanische Freihandelszone ALCA¹ ist eines dieser Konzepte. Beabsichtigt ist eine hemisphärenweite Marktverfassung, die von Feuerland bis Alaska reichen und sämtliche Länder Amerikas außer dem sozialistischen Kuba umfassen soll. Ob das Abkommen für die von über 870 Millionen Menschen bewohnte Zone jedoch tatsächlich bis zum 1. Januar 2005 unterzeichnet wird, ist zweifelhaft.

Der unmittelbare Grund für das Stocken der Verhandlungen besteht in der Konstitution eines neuen Verhandlungsblocks aus der brasilianischen, venezolanischen und argentinischen Delegation. Die Regierungen dieser Länder begannen ab dem Treffen der amerikanischen Handelsminister in Miami am 19.11.2003, den bisherigen Vertragsentwurf heftig zu kritisieren und die Verhandlungen zu torpedieren. Die Kritik an dem ALCA-Projekt konzentrierte sich hierbei auf eine Summe von verschiedenen Punkten:

Während die lateinamerikanischen Länder ihre Ökonomien für Investitionen und Güter aus dem Norden öffnen müssten, würde der US-Markt für landwirtschaftliche und arbeitsintensive Produkte aus dem Süden verschlossen bleiben. Darüber hinaus befürchtete man, dass die Öffnung der eigenen Agrarmärkte für US-Produkte zur Zerstörung der heimischen Agrarstrukturen führen könnte. Ein weiterer Kritikpunkt war die Gefährdung des südamerikanischen Handelsverbunds MERCOSUR durch das Projekt. Die argentinischen und brasilianischen Regierungen verlangten, dass Teile des Vertragswerks auf der Ebene der WTO oder in direkten Verhandlungen zwischen dem MERCOSUR und den USA verhandelt werden. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und des Dienstleistungsmarktes wurde als Rahmenwerk für eine gesellschaftlich unverträgliche Entnationalisierung und Privatisierung der nationalen Produktion und der Zerstörung der „sozialen Infrastruktur“ (Hirsch 2004) wahrgenommen.

Die durch diese Kritikpunkte implizierte wirtschaftspolitische Orientierung ist in Lateinamerika jedoch schon lange auf der politischen Agenda. Nach dem endgültigen

¹ Der Name der vorgesehenen Marktverfassung existiert in insgesamt vier verschiedene Fassungen, da für jede in der amerikanischen Hemisphäre vertretene Sprache eine unterschiedliche Bezeichnung vorzufinden ist. Die unterschiedlichen Namensgebungen lauten im Englischen FTAA (Free Trade Area of the Americas), im Französischen ZLEA (Zone de libre-échange des Amériques), im Spanischen ALCA (Area del Libre Comercio de las Américas) und im Portugiesischen ebenfalls ALCA (Area do Livre Comercio nas Américas). Ich werde in dieser Arbeit das Kürzel ALCA verwenden.

Zusammenbruch des binnenmarktzentrierten Modells der ISI (Importsubstituierende Industrialisierung) in den frühen 80er Jahren in vielen Ländern des Subkontinents und einer vorangegangenen Phase von wirtschaftsliberal orientierten Militärdiktaturen in einigen Staaten Lateinamerikas kann in den 90er Jahren von einem raschen Vormarsch neoliberaler Politikkonzepte gesprochen werden. Die Politik des „Konsens von Washington“ (Williamson 1990) zog massive ökonomische Veränderungen nach sich. Privatisierungen, eine monetaristische Geld- und Fiskalpolitik, die Liberalisierung des Außenhandels und der Finanzmärkte waren essentieller Bestandteil einer neuen Akkumulationstrategie, die in Lateinamerika zur „Zerstörung der nationalstaatszentrierten Entwicklungsweise“ (Novy 2001: 106) beitrug.

Gerade weil das Zustandekommen des Abkommens heute keineswegs als gesichert gelten kann, ist eine genauere Analyse der Geschichte des Verhandlungsprozesses besonders interessant. Das heutzutage durch verschiedene soziale Bewegungen in Lateinamerika als neokoloniales US-Freihandelsdiktat kritisierte Abkommen (vgl. Campanha Nacional contra a ALCA 2002: 137-188) war lange Zeit kein Gegenstand lebhafter politischer Debatten. Vielmehr wurde der Vertrag von der Öffentlichkeit überhaupt nicht wahrgenommen oder als ein technokratisches Projekt apathisch hingenommen. Eine schrittweise Artikulation von Widerstand gegen das Projekt erfolgte auf zwei Bühnen. Zum einen entfaltete sich ab dem Jahr 2001 eine starke ALCA-kritische Bewegung in der brasilianischen Zivilgesellschaft, die ihre Positionen entschlossen formulierte und große Zustimmung in der Bevölkerung mobilisierte. Zum anderen formierte sich eine transnationale Protestbewegung, die als ein Teil der globalisierungskritischen Bewegung in Netzwerken operierend, sowohl bei dem dritten Summit of the Americas 2001 in Quebec als auch bei den Treffen der amerikanischen Handelsminister im November 2002 in Quito und im November 2003 in Miami auf sich aufmerksam machte.² Inzwischen finden sich einige der Positionen der ALCA-Kritiker in den offiziellen Verlautbarungen und Strategien der brasilianischen, argentinischen und venezolanischen Regierung wieder.

Die Hauptthese dieses Arbeitspapiers bezieht sich auf diese Entscheidungsprozesse. Das Versanden des ALCA-Verhandlungsprozesses ist der Ausdruck eines Hegemonieverfalls

² Sicherlich sollte keine einfache Dichotomie zwischen internationaler und nationaler Ebene aufgemacht werden. Die transnationale Bewegung gegen die ALCA ist eng mit den brasilianischen sozialen Bewegungen verknüpft bzw. es könnte fast von einer Externalisierung brasilianischer sozialer Kämpfe und Politikkonzepte gesprochen werden wie dies auch beim orçamento participativo (Beteiligungshaushalt), der MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra/ Bewegung der landlosen Agrararbeiter) und den Weltsozialforen der Fall ist.

neoliberaler Politikkonzepte in Lateinamerika. Die ALCA wird zunehmend als Fortsetzung eines politökonomischen Modells interpretiert, das zum Ausverkauf der nationalen Industrie, zur Prekarisierung von Lebensverhältnissen breiter Bevölkerungsschichten und zur Privatisierung „sozialer Infrastruktur“ führt (Comité de Movilización contra la ALCA en Argentina 2002: 141-146). In verschiedenen lateinamerikanischen Staaten haben sich unterschiedliche, höchst fragile Klassenallianzen herausgebildet, die eine zumindest partielle Revision der wirtschaftspolitischen Agenda der 90er Jahre fordern und teilweise die Regierungspolitik massiv beeinflussen. Die ALCA bietet aufgrund ihres zentralen Stellenwerts für die Weiterentwicklung Lateinamerikas einen geeigneten Angriffspunkt für die neuen Mitte-Links-Koalitionen.

In Brasilien hat die Ende der siebziger Jahre begonnene „longue durée der sozialen Bewegungen“ (De Oliveira 2003: 1124) dazu geführt, dass mit der Wahl der Regierung Luis Inácio „Lula“ da Silva die Option für einen Politikwechsel offen steht. Der deutliche Wahlsieg war eine Folge der andauernden wirtschaftlichen Krise Brasiliens seit 1999, vieler einzelner regionaler Regierungserfolge der PT (Partido dos Trabalhadores/ Arbeiterpartei) und nicht zuletzt der Reformulierung der parteipolitischen Programmatik weg von einer sozialistischen Ausrichtung hin zu einer eher klassischen sozialdemokratischen Orientierung, die die PT für Angehörige der Mittelschicht attraktiver machte. Die Öffnung der PT stützte sich zudem auf ein Bündnis mit einigen nationalen Kapitalfraktionen, die von der neoliberalen Politikagenda enttäuscht sind und eine bessere Vertretung ihrer spezifischen Interessen durch die Regierung Lula erhoffen.³ Die brasilianische Regierung brach zunächst nicht – wie von den sozialen Bewegungen erhofft – die ALCA-Verhandlungen ab, leitete aber einen außenpolitischen Strategiewechsel ein, der in harte Auseinandersetzungen mit den Vertretern der USA mündete.

In Argentinien kam es im Winter 2001/2002 zu einem Volkaufstand, der als direkte Folge der schweren Finanzkrise weitreichende Konsequenzen nach sich zog. Arbeitslose „piqueteros“, Stadtteilbewegungen und Teile der Mittel- und Unterschichten entfalteten eine derart tiefgreifende Protestbewegung, dass die Peronistische Partei ihre politische Orientierung veränderte. Nach der Wahl des Linkspersonen Néstor Kirchner 2003 formulierte die neue Regierung eine Wirtschaftspolitik, die einem Analysten der Dresdner Bank (Kröhne 2003: 8) zu Folge, „[d]ie Hoffnung, dass Präsident Kirchner nach erfolgter Konsolidierung seiner Machtposition weniger

³ Das Wahlbündnis der PT mit der liberalen PL (Partido Liberal) und die Aufnahme der klientelistischen PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro) in das Regierungsbündnis zeugt von dieser Umorientierung. Die PL stellt mit José Alencar den neuen Vizepräsidenten Brasiliens.

marktfeindlich agieren könnte“, zunichte machte. Es folgte ebenfalls eine Reorientierung der Außenpolitik, die sich unter anderem in einer kritischen Haltung zur ALCA äußert.

Zuvor hatte sich bereits mit der Wahl von Hugo Chávez Frías am 6. Dezember 1998 in Venezuela ein radikaler Politikwechsel vollzogen. Das alte Zweiparteiensystem aus der konservativen COPEI und der sozialdemokratischen Acción Democrática war in den späten 80er Jahren schrittweise erodiert. Ein spontaner Aufstand der Bewohner der Armenviertel in Caracas im Februar 1989 (caracazo) mündete in einer Phase politischer Instabilität, in der Stadteilbewegungen, neu formierte linke Parteien und progressive Militärs den politischen Machtraum betraten. Dieser Prozess fand seinen Ausdruck in der Wahl von Chávez. Die neue Regierung leitete eine grundlegende politische Umorientierung in den Bereichen der Sozial- und Außenpolitik ein, die zu andauernden heftigen Auseinandersetzungen mit der traditionellen Oligarchie, Teilen der Mittelschicht, den Privatmedien und ausländischen Investoren führte. Chávez stützt seine Politik auf eine Allianz aus Beschäftigten des informellen Sektors, unterprivilegierten Arbeitern, Kleinbauern, dem Militär und Teilen der Mittelschicht. Die „bolivarianische“ Neuorientierung der Außenpolitik äußert sich in einer Ablehnung der US-amerikanischen Vorherrschaft über den lateinamerikanischen Subkontinent und der Suche nach Bündnispartnern in Iberoamerika. Demzufolge hat das ALCA-Abkommen in den Plänen der venezolanischen Regierung keinen Platz.

Neben den beschriebenen politischen Machtveränderungen existieren gewiss noch weitere Tendenzen zum Hegemonieverfall auf dem lateinamerikanischen Subkontinent. Die Protestaktivitäten der bolivischen „cocaleros“ (Kokabauern), deren parlamentarischer Arm MAS (Movimiento al Socialismo/ Bewegung zum Sozialismus) im Sommer 2002 beinahe mit Evo Morales den Präsidenten stellte, sprechen eine klare Sprache. Der absehbare Wahlsieg der linksgerichteten Frente Amplio in Uruguay könnte das neue Südbündnis zusätzlich erweitern.

2. Zur Methode: Neo-gramscianische Internationale Politische Ökonomie und entwicklungstheoretisch angereicherte Regulationstheorie

Die Veränderung der politischen Landschaft und ihre Auswirkungen auf die regionalen Integrationsprozesse in Lateinamerika sind nur durch eine integrationstheoretische Interpretation und eine politökonomische Einordnung der neuen Welle der Regionalismen ab den neunziger

Jahren in die heutige Weltordnungskonzeption erklärbar. Der Untersuchung des Widerstands gegen die ALCA muss somit die Frage vorangestellt werden, worum es sich bei dem ambitionierten Projekt handelt und wie das Abkommen historisch zu verorten ist. In der integrationstheoretischen Diskussion gibt es verschiedene Theorieansätze, die oft starke Defizite bei der Bewertung des Abkommens aufweisen, da sie die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht in den Blick nehmen und den zentralen Stellenwert soziökonomischer Rahmenbedingungen unterschätzen. Eine Kurzübersicht über einige zentrale Strömungen in der integrationstheoretischen Debatte verdeutlichen diese Problematik:

Als erster Ansatz ist hier die neofunktionalistische Theorie zu nennen (Rosamond 2000: 50-73). Der Neofunktionalismus als bekannteste integrationstheoretische Variante der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen betrachtet Integration als einen Prozess mit einer funktionalistischen, expansiven, selbstgetriebenen, beinahe teleologischen Dynamik, die den Integrationsprozess weiter nach vorne treibt. Im Zentrum steht dabei das „spill over“-Konzept, „which referre[s] to the way in which the creation and deepening of integration in one economic sector would create pressures for further economic integration within and beyond that sector“ (ebd. 2000: 60). Sofern hierbei ein Automatismus unterstellt wurde, musste das Konzept in der Phase der „Eurosklrose“ ab den späten 60er Jahren jedoch reformuliert werden (Schmitter 1971: 242). Nichtsdestotrotz hat sich die partiell verschobene Schwerpunktsetzung auf Policy-Making-Prozesse, die eine größere politische, interessengeleitete Eigendynamik von Integrationsprozessen beim Aufbau supranationaler Strukturen untersuchen, sich nicht endgültig vom Diktum der strukturalistischen Autodetermination getrennt. Die neofunktionalistische Theorie ermöglicht weder eine Analyse der Auswirkung der Verschiebung von sozialen Kräfteverhältnisse auf Integrationsprozesse noch die Untersuchung von, so Lee (2000: 25), „qualitativen[n] Veränderungen, also die ökonomische, politische und gesellschaftliche Transformation und die Veränderung von Rahmenbedingungen der nationalen/ internationalen Regulation“. Für die Analyse der ALCA mag die neofunktionalistische Theorie zwar einige interessante Aspekte des Wechselspiels zwischen wachsender internationaler Arbeitsteilung, Außenhandelsverknüpfungen und zwischenstaatlicher Integration einbringen, ist aber als theoretisches Design für die Erklärung eines Scheiterns des Abkommens wenig hilfreich. Als beispielhaft kann hier ein Argumentationsmuster von Susanne Gratius in einer ansonsten lesenswerten, in vielen Aspekten eher intergouvernementalistischen Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik gelten. Gratius (2003a: 25) schreibt über die Position der venezolanischen Regierung: „Entgegen der

Regierungsrhetorik für ein vereintes Südamerika spricht die asymmetrische Interdependenz eher für ein Freihandelsabkommen mit den USA.“ Welche sozialen Kräfte von solch einem Abkommen profitieren und warum die Regierung Chávez sich gegen die funktionalistische Logik ökonomischer Interdependenz stemmt, wird hier allerdings nicht ersichtlich. Als traditioneller Widerpart in der „klassischen“ integrationstheoretischen Debatte zum Neofunktionalismus diente der neorealisticen Theorie der Internationalen Beziehungen angelehnte Intergouvernementalismus (Apeldoorn/ Overbeek/Ryner: 19-26). Wie der Neorealismus sieht der Intergouvernementalismus Staaten als die zentralen Akteure in der internationalen Politik an. Integrationsprozesse werden demzufolge als eine Serie von „interstate bargains“ interpretiert. Soziale Kräfteverhältnisse bleiben bei der Analyse zumeist außen vor. Der Staat wird als eine autonome Instanz definiert, die mit Bezug auf die internationalen Kontextbedingungen in die intergouvernementalen Aushandlungsprozesse eintritt. Bei der Interpretation des ALCA-Integrationsprozesses bringt das staatszentrierte intergouvernementalistische Konzept große Schwierigkeiten mit sich. Auch wenn staatliche Vertreter in den Verhandlungsgruppen der ALCA agieren, kann die Reorientierung staatlicher Verhandlungsstrategien wie in Argentinien ohne einen Blick auf die Veränderung gesellschaftlicher Aspekte kaum erklärt werden. Zwischen den Plänen zur Dollarisierung des Landes und einem Beitritt in die NAFTA (North American Free Trade Area) in der Ära Menem (1989-1999) und der neuen auf den MERCOSÚR (Mercado Común del Sur) zentrierten Politik der Regierung Kirchner liegen Welten. Eine etwas differenziertere Perspektive auf Integrationsprozesse bietet der liberale Intergouvernementalismus. Das zuerst von Andrew Moravcsik (1998) geprägte Konzept öffnet die „black box“ des einheitlichen staatlichen Akteurs. Moravcsik macht ein „two level game“ der Integration aus, „consisting of a liberal theory of national preference formation and an intergovernmentalist account of strategic bargaining between states“ (Rosamond 2000: 136). Dennoch bleibt das Analysekonzept auf einem sehr schematischen Agenda-Setting von Akteuren im nationalen Raum beschränkt und die historische Genese von sozialen Kräften und deren spezifische Kräftekonfigurationen bleiben unterbelichtet (kritisch: Apeldoorn/ Overbeek/Ryner: 14-26). Ein weiterer theoretischer Ansatz besteht im Sozialkonstruktivismus, der sich von der Prämisse trennt, dass lediglich rationale, von materiellen Interessen geleitete Akteure das Agenda-Setting für den Integrationsprozess betreiben. Die Konstitution von Identitäten steht im Mittelpunkt des Forschungsinteresses, die wiederum durch sozialen Wandel und intersubjektive Interaktion beeinflusst wird. Viele Varianten der konstruktivistischen Theorie stellen hierbei die Rolle von Ideen und kulturellen Formen in den Vordergrund (Risse 1998). Der „liberale“ Sozialkonstruktivismus krankt jedoch an a priori definierten Identitäten und streitet so sämtliche

Verbindungen zwischen materieller Lage und Identität der Akteure (kritisch: Bourdieu 1987: 405-726) ab.

Ich werde mich deswegen zur Interpretation der ALCA der neo-gramscianischen Internationalen Politische Ökonomie (IPÖ) bedienen, die einen „doppelten Brückenschlag“ (Bieling/Steinhilber 2002: 41) zwischen intergouvernementalen und supranationalen Konzepten auf der einen und rationalistischen und konstruktivistischen Konzepten auf der anderen Seite darstellt. Zur Interpretation von Integrationsprozessen greift die neo-gramscianische IPÖ das Hegemoniekonzept Antonio Gramscis auf (Deppe 2003: 268-276). Bieling und Steinhilber (2000: 102) unterstreichen folgende Besonderheiten dieser Konzeption: „Im Gegensatz zum (Neo)-Realismus ist Hegemonie [...] keineswegs gleichbedeutend mit Strukturen der Dominanz. Sie beschreibt vielmehr einen bestimmten Typ gesellschaftlicher Reproduktion, der dadurch gekennzeichnet ist, dass er selbst noch von den Beherrschten und Machtlosen mitgetragen wird.[...] Aus einer neo-gramscianischen Perspektive umschließt Hegemonie immer beides: Konsens und Zwang, Zivilgesellschaft und Staat, wie auch das Engagement von sozialen und politischen Kräften.“ Die Autoren unterscheiden drei Analyseebenen, die zur Untersuchung von Integrationsprojekten fruchtbar gemacht werden können (Bieling/Steinhilber 2000: 104-109).

Die erste Ebene bildet der „historische Block“, der die „gesamte soziale Ordnung im Sinne eines relativ kohärenten Ensembles von Zwangs- und Konsensinstitutionen, einschließlich einer besonderen gesellschaftlichen Entwicklungsweise, die sich über einen längeren Zeitraum hinweg reproduziert.“ (ebd: 104 f.). Der „historische Block“ konnte von den 30er Jahren bis in die 70er Jahre in einer spezifischen Form eines „peripheren Fordismus“ ausgemacht werden, der sich auf die importsubstituierende Industrialisierung, die Finanzarchitektur des Bretton-Woods-Systems und eine tayloristische Arbeitsorganisation stützte und bedeutende Teile der „Wertschöpfungskette“ komplett in nationalen Räume verlagerte und somit eine spezifische Form der ökonomischen Reproduktion verankerte. Das binnenwirtschaftszentrierte, keynesianische Wirtschaftsmodell zog eine umfassende Transformation der Sozialstrukturen der lateinamerikanischen Länder nach sich. Das Wachstum des industriellen Sektors, eine massive Land-Stadt-Migration und ein Anschwellen des informellen Sektors in den neuen Metropolen führten zu einem Modernisierungsschub, der jedoch nicht den ökonomischen Dualismus in den Ländern zu überwinden vermochte.

Mit der zunehmenden Krise des fordistischen historischen Blocks durch wachsende Auslandsverschuldung, Senkung der Wachstumsraten infolge der Sättigung der Binnenmärkte und

der Erosion des stabilitätsstiftenden Regulierungswerkes von Bretton-Woods begann eine große Transformation des Modells. Das in Folge der neoliberalen Konterrevolution entstandene „Dollar-Wall-Street-Regime“ (Gowan 1999) war Bestandteil der Formierung eines sich auf die neuen I&K-Leittechnologien und freien Finanzmärkte stützenden „historischen Blocks“ des „Transnationalen High-Tech-Kapitalismus“ (Haug 1999), der in seiner spezifischen lateinamerikanischen Form die Rahmenbedingungen für die neuen Integrationsprojekte setzte. Die alte nationalstaatlich orientierte Entwicklungsweise wurde durch Austeritätspolitik, Liberalisierungen und Privatisierungen und die transnationale Inwertsetzung der lateinamerikanischen Arbeitskräfte und Märkte zerstört.

Für die Analyse des ALCA-Projekts besitzt das Konzept des „historischen Blocks“ die Möglichkeit, das Integrationsprojekt innerhalb einer historisch gewachsenen Weltordnungskonzeption zu interpretieren, die strukturelle Zwänge auf die Formulierung von politischen Projekten ausübt. Gerade hier ist die Analyse des Wechselspiels zwischen dem Dollar-Wall-Street-Regime, dem WTO-Regime und der Herausbildung „neuer offener Regionalismen“ von besonderer Bedeutung (Gamble/Payne 1996: 1-20).

Die zweite Ebene der Analyse umfasst das Konzept des „hegemonialen Blocks“, eines Ensembles spezifischer sozialer Kräfte, das über einen längeren Zeitraum eine gewisse Kohärenz aufweist, eine gemeinsame Weltanschauung besitzt und trotz der internen Widersprüche von Partikularinteressen eine weitgehend konsensuale Politik formuliert. Der „hegemoniale Block“ kann gestaltend auf den „historischen Block“ einwirken, obwohl seine Existenz eng mit dieser gesellschaftlichen Formation verknüpft ist. Der Block organisiert die politische und moralische Führung und organisiert somit oft einen Konsens der subalternen Gruppen für die herrschende Politik. Gleichzeitig verfügt der Machtblock über den repressiven Staatapparat, um potentiellen Widerstand zu brechen.

In Lateinamerika bildete sich in der Zeit der importsubstituierenden Entwicklungsweise (ca. 1929 bis ungefähr 1982) ein spezifischer „hegemonialer Block“ heraus, dem die nationale Industriebourgeoisie, die traditionelle Landoligarchie, städtische Mittelschichten und Teile der Arbeiterschaft angehörten. Mit der Krise des Modells konfigurierte sich diese Klassenallianz neu, um nun stärker durch transnationale Kapitalfraktionen beeinflusst zu werden und hin und wieder auf Teile des informellen Sektors für ihre Politik zurückzugreifen.

Die Analyse des „hegemonialen Blocks“ ist für das Verständnis des Stockens der ALCA-Verhandlungen von zentraler Bedeutung. Sowohl in Venezuela, Argentinien und Brasilien haben

sich Grundzüge neuer Klassenkonstellationen herausgebildet, die auf einen längeren Zeitraum hegemoniefähig werden könnten. Diese neuen Allianzen stellen sich der ALCA als ein politisches Projekt des ehemaligen „hegemonialen Blocks“ zur Vertiefung der herrschenden Weltkonzeption entgegen. Die ALCA muss von der politischen Agenda verdrängt werden, ohne dabei das Zerschlagen der neuen fragilen Klassenallianz zu riskieren.

Die letzte Analyseebene beschäftigt sich mit der Interpretation konkreter hegemonialer Projekte. „Im allgemeinen handelt es sich bei hegemonialen Projekten um politische Projekte, die als Moment der institutionalisierten (Klassen)-Kompromisse den „historischen“ und „hegemonialen Block“ dynamisch stabilisieren bzw. transformieren. „Hegemoniale Projekte“ beeinflussen, indem sie die Regulationsformen verändern und eine breite öffentliche Unterstützung herstellen, sowohl die Art und Weise der materiellen als auch die der ideologischen Reproduktion“ (Bieling/Steinhilber 2000: 106). Des Weiteren unterscheiden Bieling und Steinhilber zwei Handlungsressourcen, mit denen eine Reduktion „hegemonialer Projekte“ auf die Dimension rationaler, materieller Interessen vermieden werden soll. Die als „[a]ffektive Imaginationen“ und „diskursive Imagination“ (ebd. 107-108) beschriebenen Ressourcen stellen die Grundlage für einen Modus kollektiven Handelns dar, der auf die Verschränkung von kulturellen Formen, Ideologien, Affekten und mobilisierenden Diskursen fußt. Hegemonial wird ein politisches Projekt nur dann, wenn es einzelnen politischen Kräften gelingt, ein eigenes materielles Interesse als allgemein nützlich zu präsentieren. Der Prozess der Durchführung von hegemonialen Projekten lässt sich in drei Phasen unterscheiden: Die Initiative durch ein „Eliten-Forum“ (Apeldoorn 2001: 189), das Agenda-Setting durch mehre Interessengruppen und Mobilisierungskampagnen zur Unterstützung des Projekts.

Der hier knapp skizzierte Ansatz wird in der nachfolgenden Interpretation der ALCA aufgegriffen. Bei der ALCA handelt es sich um ein politisches Projekt, das allerdings nach der Definition von Bieling und Steinhilber nicht hegemonial geworden ist. Zwar lässt sich mit dem „Foro Empresarial de las Américas“ ein „Eliten-Forum“ verorten, welches das Projekt formulierte und auf die politische Agenda brachte und den Diskurs koordiniert, aber es mangelte an einem wirksamen kommunikativen Diskurs, der die fragmentierten nationalen Öffentlichkeiten überwinden und Zustimmung für das Projekt organisieren konnte.

Das Gegenteil war der Fall. Einige Netzwerke und Intellektuelle setzten die ALCA als ein abzulehnendes Projekt auf die politische Agenda verschiedener sozialer Bewegungen.

Gegenöffentlichkeit wurde mobilisiert, die an kulturelle Besonderheiten, Gefühle und ideologische Überzeugungen appellierte und dazu beitrug, eine affektive Imagination gegen das Projekt in Gang zu bringen. Bielings und Steinhilbers Konzept vernachlässigt somit, dass politische Projekte immer innerhalb eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses formuliert werden, das sich während der diskursiven Interaktion rekonfigurieren bzw. transformieren kann. Politische Projekte können daher nicht bloß von der Agenda genommen oder reformuliert werden, sondern koordinierte Gegendiskurse anregen, die „windows of opportunities“ für neue (gegenhegemoniale) politische Projekte erzeugen können. Der koordinierte Gegendiskurs steht in wechselseitiger Verbindung mit dem ursprünglichen Projekt und stützt sich ebenfalls auf Ressourcen der affektiven Imagination.

Der theoretische Ansatz der neo-gramscianischen IPÖ sollte zur Analyse der ALCA durch eine entwicklungstheoretisch erweiterte Variante der Regulationstheorie ergänzt werden. Viele Elemente der Reproduktion von Gesellschaftsformationen laufen auch heute maßgeblich auf nationalstaatlicher Ebene ab. Joachim Hirsch (2002: 125) merkt zum Nationalstaat an: „Entgegen der verbreiteten Annahme der „Erosion“ bzw. eines wesentlichen Bedeutungsverlusts des Nationalstaats bleibt dieser – als der Rahmen, in dem das kapitalistische Klassenverhältnis organisiert und der gesellschaftliche Zusammenhalt gewährleistet wird – nach wie vor ein wichtiges institutionelles Instrument der Regulation, verändert dabei allerdings seine Struktur, seine Funktionen und seinen Charakter.“ Um die Veränderung des Charakters zu untersuchen, kann die Regulationstheorie genutzt werden. Sie bietet die Möglichkeit, die Stabilisierung und Reformierung von und die Artikulation zwischen ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen über längere historische Zeiträume zu untersuchen und so eine Periodisierung kapitalistischer Vergesellschaftung vorzunehmen und die vorherrschenden Reproduktionsschemata zu skizzieren. Die Regulationstheorie unterscheidet hierbei die Konzepte des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise. Der Begriff der Regulationsweise umschreibt verschiedene Formen der Regulation, wobei das Lohnverhältnis, die Re-Allokation von Geld-Kapital; die Emission von Geld und das Konkurrenzverhältnis im Zentrum des Forschungsinteresses stehen. Regulation erfolgt in „institutionellen Formen und Netzen“, die oftmals „institutionalisierte Kompromisse“ (Lipietz 1985: 112) in sich bergen und zur Reproduktion von sozialen Konfigurationen (wie dem „hegemonialen“ oder „historischen“ Block) dienlich sind. Selbstverständlich umfasst die Regulation immer eine Reproduktion in sich widersprüchlicher sozialer Verhältnisse, was zu Diskontinuitäten in der Reproduktion führen kann, die sich in „kleinen“ Krisen innerhalb der Regulation oder einer „Großen Krise“ der Regulationsweise äußern können (Lipietz 1985: 113).

Das Konzept des Akkumulationsregimes definiert Lipietz (1985:120) als „ein[en] Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den veränderten Bedingungen des Endverbrauches (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben, usw.) herstellt“. Aglietta (1987: 69f.) unterscheidet hierbei die Idealtypen eines „extensiven“ und „intensiven“ Akkumulationsregimes. Das extensive Akkumulationsregime ist durch eine Dynamik von räumlicher und sozialer Expansion gekennzeichnet, die bei träger Produktivitätsentwicklungen immer mehr Arbeitskräfte und Territorien für den Kapitalakkumulationsprozess erschließt. Intensive Akkumulationsregimes stützen sich auf hohe Arbeitsproduktivitätssteigerungen, die „Intensivierung der räumlichen Nutzungen“ (Novy 2001: 51) und auf die Ausdehnung des Massenkonsums. Als Interpretationsfolie für ein intensives Akkumulationsregime gilt die „fordistische“ Epoche (1950-73), für ein extensives Akkumulationsregime die oft als „Industriezeitalter“ bezeichnete zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Beim dominanten Akkumulationsregime sind aber immer auch verschiedene extensive oder intensive Elemente auszumachen. Es handelt sich demzufolge um idealtypische Definitionen. Es existieren darüber hinaus routinierte, von Unternehmern praktizierte Akkumulationsstrategien, die jedoch nicht zu einem stabilen Akkumulationsregime führen müssen.

Ein Akkumulationsregime fußt auf einem bestimmten industriellen Paradigma, das sich in der Nutzung von innovativen Leittechnologien, einer spezifischen Arbeitsorganisation und den daraus resultierenden Produktivitätssteigerungen äußert. Akkumulationsregime und Regulationsweise sind immer das Ergebnis von sozialen Kämpfen und nicht deterministisch aufeinander bezogen. Vielmehr stehen sie in einem wechselseitigen Artikulationsverhältnis zueinander. Große Krisen der Regulation umfassen daher meist eine Desartikulation der Entwicklung zwischen dem Akkumulationsregime und der Regulationsweise. Akkumulationsregime und Regulationsweise sind zwei für die Interpretation der politischen Ökonomie lateinamerikanischer Länder nützliche Konzepte, da eine Periodisierung verschiedener historischer Epochen und die genaue Beschreibung der Rekonfiguration gesellschaftlicher Formationen möglich wird.

Doch die regulationstheoretisch erweiterte IPÖ besitzt Probleme, die Beziehungen zwischen „unterentwickelten“ und „entwickelten“ Räumen und die Reproduktionsmodi peripherer

Gesellschaftsformationen genauer zu fassen. Die Weltsystemtheorie bietet mit der Hierarchisierung von Staaten in zentrale, periphere oder semiperiphere Positionen im „modernen Weltsystems“ (Wallerstein 1986) zwar ein Konzept an, dass externe Abhängigkeiten definiert, die sich anhand der Wirtschaftstätigkeit innerhalb eines Raumes und seinen Außenbeziehungen festmacht. Doch die Weltsystemtheorie krankt an einem verengten Begriff von Staatlichkeit und es existieren wenig Anknüpfungspunkte an die Regulationstheorie (Ziltener 1999: 70-73).

Einen möglichen Brückenschlag stellen die Studien zur „Räumlichkeit der historisch-strukturellen Entwicklung“ des Wiener Ökonomen Andreas Novy (2001: 16) und die Forschungen von Sabah Alnasseri (2004) zur peripheren Regulation dar. Novys Interpretation zufolge existieren an der Peripherie strukturelle Widersprüche zwischen der Nation als Territorium und der innerhalb bestimmter „historischer Blöcke“ praktizierten verschiedenen Modi einer Einbindung (semi-)peripherer Staaten in die globale Kapitalakkumulation. Bestimmte „spatial-temporal fixes“ (Harvey 2003a: 115-124) können einzelne „regionale Machtfelder“ (Novy 2001: 166) konstituieren, die gekoppelt an ein liberales Freihandelsregime unter Umständen zersetzend auf Nationalökonomien wirken. Bob Jessop (2001: 148) beschreibt dieses Phänomen an anderer Stelle: „Wie die Beispiele des atlantischen Fordismus, aber auch Ostasiens und Lateinamerikas auf unterschiedliche Weise illustrieren, haben Internationalisierung und Globalisierung eine Krise der Dominanz des nationalen Maßstabs für die wirtschaftliche, politische und soziokulturelle Organisation der Gesellschaften hervorgerufen“. Dem hinzuzufügen ist dennoch, dass die Auswirkungen von „Zeit-Raum-Komprimierungen“ (Jessop 2001: 140) in peripheren Weltregionen durch die strukturelle Entkoppelung ganzer Regionen besonders dramatisch sein können. Es ist demzufolge beim Studium (semi-)peripherer Weltregionen wichtig zu beachten, inwieweit sich die Kapitalakkumulation auf nationale Inputs stützt oder ob eine Dominanz transnationaler Wertschöpfungsketten vorliegt. In Anlehnung an die Überlegungen von Andreas Novy (2001: 11-66) bezeichne ich ein nationales Akkumulationsregime bei hoher Außenabhängigkeit und hoher Integration in die transnationale Wertschöpfungskette als „exogenisiert“ oder „außenorientiert“ und ein Akkumulationsregime, das eher auf nationalen Inputs basiert als „endogenisiert“ oder „binnenorientiert“. Hier muss unterstrichen werden, dass immer „exogene“ und „endogene“ Mechanismen der Kapitalakkumulation miteinander verschränkt sind und lediglich eine Tendenz der Entwicklungsweise umschrieben wird. Die Regulationsweise ist in der Peripherie oft externen Zwängen unterworfen, die vor allem den Regulationsmechanismus der Geldpolitik transformiert und entnationalisiert. Der Gold-Standard, die Strukturanpassungsprogramme des IWF und die

„Dollarisierung“ ganzer Volkswirtschaften (wie in Ecuador und El Salvador) entnationalisieren die Mechanismen der Geldpolitik während das Bretton-Woods-System eine weitgehende finanzpolitischen Autonomie unterstützte. Aktuelle regionale Integrationsprozesse zwischen der (Semi)-Peripherie und dem Zentrum setzen auf eine vertiefte Integration spezifischer Sektoren der (semi)-peripheren Ökonomien in den Weltmarkt, was allerdings zu verheerenden Effekten in anderen Sektoren führen kann und darüber hinaus Elemente des von Stephen Gill (2003: 131) skizzierten „New Constitutionalism“ beinhaltet. Es handelt sich um einen Prozess der Exogenisierung der ehemals binnenorientierten Akkumulationsregimes.

Alnasseri (2004: 85-89) betont, dass innerhalb der Peripherie stets ein komplexes Artikulationsverhältnis zwischen der dominanten kapitalistischen und den dominierten nichtkapitalistischen Produktionsweisen vorherrscht. Die Regulationstheorie besitzt extreme Schwierigkeiten, dieses Artikulationsverhältnis zu bestimmen,⁴ da periphere Regionen oft durch „brüchige oder fehlende Regulationsprozeduren“ (Alnasseri 2004: 159) gekennzeichnet sind. Überdies nimmt das Artikulationsverhältnis kapitalistischer und nichtkapitalistischer Ausbeutungsformen meist „unterschiedliche Formen an, die nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch wirksam und sichtbar“ (ebd.: 219) werden. Es ist daher von Nöten, immer auch die konkrete Gestaltung dieses Verhältnisses zu beobachten und die daraus resultierenden Blockaden der Entwicklungsweise (wie die Frage der Landreform in Lateinamerika) und die Veränderungen der gesellschaftlichen Reproduktion (wie die rasche Urbanisierung als sozialstrukturelle Umwälzung im Lateinamerika des 20. Jahrhunderts abzuleiten) abzuleiten.

Neben den sinkenden „terms of trade“, asymmetrischen räumlichen Sozial- und Wirtschaftsstrukturen und der Gleichzeitigkeit verschiedener Produktionsweisen ist außerdem festzuhalten, dass sozioökonomische Entwicklungen in der (Semi)-Peripherie durch „exogene Schockereignisse“ in den Zentren wie die Weltwirtschaftskrise 1929, den Zweiten Weltkrieg, den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems oder die Hochzinspolitik unter dem US-Notenbankpräsidenten Paul Volker beeinflusst werden. Eine bisher recht stabile Artikulation zwischen Regulationsweise und Akkumulationsregime kann so innerhalb kürzester Zeit zerstört

⁴ Alnasseri (2004: 168) definiert die ursprüngliche Akkumulation „als ein „räumliches wie politökonomisches Grenzverhältnis“ [...], das „das tendenzielle Artikulationsverhältnis der kapitalistischen mit nicht-kapitalistischen Produktionsweisen vermittelt“ und trennt sich somit von der vorherrschenden Marx-Rezeption, die die ursprünglichen Akkumulation als historischen Ausgangspunkt kapitalistischer Akkumulation versteht (ebd.: 79-84). Bereits Ernest Mandel (1972) hat in „Der Spätkapitalismus“ die ursprüngliche Akkumulation als dauerhaftes Phänomen im Kapitalismus betrachtet (Zeller 2004: 12).

werden. Trotzdem kommt es oftmals zu asynchronen Prozessen in Zentrum und Peripherie, da periphere Entwicklung durch Krisenzeiten im Zentrum begünstigt werden kann (Frank 1975: 35f). Die Herausbildung einer regionalen Ausdrucksform des „historischen Blocks“ und die damit verbundene Transformation von Akkumulation und Regulation erfolgt demzufolge in Zentrum und Peripherie nicht immer zeitgleich.

3. Vom geschlossenen zum offenen Regionalismus

3.1. Imports substitution und regionale Integration in Lateinamerika⁵

Für Lateinamerika stellte die Weltwirtschaftskrise 1929 einen historischen Wendepunkt dar. Durch die Krise wurde das alte Export-Import-Modell, das einerseits auf den Export von landwirtschaftlichen Gütern und die Förderung von Rohstoffen und andererseits auf den Import von Konsum- und Investitionsgütern setzte, zunehmend desintegriert. Bedeutende Exportmärkte waren weggebrochen, die Preise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse sanken auf ein historisch niedriges Niveau, der Import von Industriegütern aus dem Zentrum gestaltete sich schwieriger und ein beschleunigter Urbanisierungsprozess kam in Gang. Das alte, sich über exogene Mechanismen und Inputs reproduzierende Akkumulationsregime sowie die auf dem Goldstandard und kaum institutionalisierten Arbeitsbeziehungen fußende Regulationsweise gerieten in eine strukturelle Krise. Die Folge war eine Phase tiefer politischer Instabilität. Der alte hegemoniale Block aus Landoligarchie, Beamtenapparat und Militär war nicht mehr fähig, wirksame politische Projekte zu formulieren, um der Krisensituation zu begegnen. So kam es, dass oft eine kurze populistische Phase die Umformierung des hegemonialen Blocks abfederte. Diese zeichnete sich meist durch eine spezifische binnenorientierte Akkumulationsstrategie und eine neue Klassenallianz aus. Diese Allianz aus Industriebourgeoisie, städtischen Mittelschichten und urbanen Massen gruppierte sich um die Figur des populistischen „líder“, ohne jedoch die traditionelle Landoligarchie in ihrer ökonomischen Position anzugreifen. Das oftmals einen

⁵ Selbstverständlich kann eine kurze Darstellung der ISI in Lateinamerika die nationalen Besonderheiten nicht komplett umschreiben. Das Fehlen einer populistischen Phase im kolumbianischen Fall (Schmalz 2002: 121f.), das mexikanische Modell, eine durch eine Staatspartei dirigierte Modernisierung bei gleichzeitiger Einbindung der Agrarbevölkerung durch eine Landreform (Boris/Sterr 2002: 21-23), und das auf dem Erdölreichtum aufbauende venezolanische Zweiparteienregime stellen eindeutige Ausnahmen dar, die einer besonderen Untersuchung bedürfen.

antiamerikanistischen Diskurs pflegende Bündnis setzte auf eine Importsubstitutionsstrategie, die einen Industrialisierungsprozess fördern sollte und zunächst nur die unmittelbare Reaktion auf die Desintegration des Weltmarkts in den 30er und 40er Jahren darstellte. Die Folge war die Errichtung eines neuen intensiven, endogenisierten Akkumulationsregimes und einer stärker auf nationalen Regulierungen fußenden Regulationsweise in vielen Staaten, die sich trotz aller Probleme durch die günstigen internationalen Rahmenbedingungen der Nachkriegszeit (Bretton-Woods-System, Ost West-Konflikt) stabilisieren konnten.⁶

Dennoch war die lateinamerikanische Importsubstituierende Industrialisierung (ISI) keineswegs durch absolute Stabilität, sondern auch durch interne Widersprüche und Entwicklungsblockaden geprägt. In der Diskussion über die ISI wird oft eine „erste, einfache“ und eine „zweite schwierige Phase“ (Boris 2001: 27-68) ausgemacht. Die erste Phase (1930-1955) gestaltete sich in vielen Ländern problemlos, da bereits Märkte für die substituierten Produkte (wie Textilien, Baumaterial, Möbel und Nahrungsmittel) vorhanden waren und ohne einen Wissenstransfer aus dem Ausland produziert werden konnten. Die fortlaufende Desintegration des Weltmarkts im Zweiten Weltkrieg ermöglichte eine beinahe problemlose Reproduktion der gesellschaftlichen Konfiguration. Große Teile des Produktzyklus verlagerten sich in das nationale Territorium, was die schrittweise Genese von Nationalökonomien nach sich zog. Der „autoritäre Entwicklungsstaat“ übernahm oft in dirigistischer Weise den Aufbau von öffentlicher Infrastruktur. Eine autonome nationale Geldpolitik bildete die Grundlage für die Festlegung von Arbeitsgesetzen und Mindestlohnregelungen, die in einigen Ländern von korporatistischen Aushandlungsstrukturen flankiert wurden (Dombois/ Pries 1999: 40-67). Neugegründete staatliche Betriebe besaßen in vielen Ländern eine Input-Funktion für die Grundstoffindustrie. Dennoch bauten sich schwerwiegende Entwicklungshemmnisse auf. Die dualistische Wirtschaftsstruktur mit ihren semifeudalen ländlichen Strukturen und ihrer hohen Einkommensdifferenzierung wurde nicht als Blockade für den Modus intensiver endogenisierter Akkumulation wahrgenommen, der sich im peripheren Fordismus hauptsächlich auf Konsumenten der Ober- und Mittelschicht stützte (Lipietz 1986: 32 f.).

⁶ Als Ideengeber für die Umsetzung des Importsubstitutionsmodells fungierte die CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) der Vereinten Nationen. Der „Cepalismus“ und die ihn kritisierenden lateinamerikanischen Theorien arbeiteten sich an den westlichen Modernisierungstheorien ab, indem sie die ahistorische Argumentationsweise und Nichtberücksichtigung von Abhängigkeitsstrukturen zwischen Zentrum und Peripherie kritisierten.

Kein Wunder, dass die Restauration des Weltmarkts in der 50er Jahren und die Blockade bei der weiteren Herausbildung von Binnenmärkten in eine zweite, schwierige Epoche (1955-82) der ISI mündete. Neben der zentralen Herausforderung, die nationalen Binnenmärkte zu erweitern, war für die Weiterentwicklung der industriellen Kapazitäten zunehmend die Produktion von eigenen Investitionsgütern und der Zugriff auf größere Wissens- und Managementressourcen von Bedeutung, um die niedrige Produktivität der einheimischen Industrie aufzubessern. Das intensive, endogenisierte Akkumulationsregime ließ sich nur durch zwei Möglichkeiten vertiefen. Eine Option bestand darin, mittels vertikaler Importsubstitution die einheimischen Binnenmärkte zu erweitern. Aber weder eine Erhöhung der Lohnquote bzw. die Ausweitung der Staatsausgaben noch eine Landreform, um die Landbevölkerung in die Märkte einzubinden, erwiesen sich für den „hegemonialen Block“ als gangbare Wege. Die Industriebourgeoisie wehrte sich gegen Lohnsteigerungen und die immer noch bedeutende Landoligarchie sah sich durch eine Landreform in ihrer Existenz bedroht. Die Möglichkeit einer horizontalen Importsubstitution zur hemisphärenweiten ökonomischen Integration zwischen den einzelnen Staaten musste ebenfalls nach einigen Versuchen (wie der LAFTA oder der ALADI/LAIA) aufgegeben werden (Carranza: 41-71). Zu groß war der Widerstand der einzelnen nationalen Bourgeoisien, verschärfter wirtschaftlicher Konkurrenz durch Unternehmen aus den Nachbarländern auf dem heimischen Binnenmarkt ausgesetzt zu werden oder Importprodukte mit hohen Zollsätzen zu belegen, die sie selber nicht produzierten, um lateinamerikanische Betriebe im internationalen Wettbewerb zu stärken.

Die Folge der „kleinen“ Krise der Regulationsweise bestand in einer Hinwendung zu extensiven Elementen der Akkumulation, die gleichwohl mit einer Rekomposition des „hegemonialen Blocks“ und der Ausdehnung repressiver Methoden einherging. Die urbanen Massen wurden von nun an in vielen Ländern mit Zwang niedergehalten. In den sechziger und siebziger Jahren betraten in der Mehrzahl der Staaten von ausländischen Kapitalgebern hofierte Militärdiktaturen die politische Bühne. Der Versuch, eine partielle Extensivierung und Exogenisierung des Akkumulationsregimes durch Exportwachstum bei beständiger Importsubstitution durchzusetzen, wurde nicht erfolgreich realisiert. Die Folge war ein „unhappy mix“ beider Faktoren, der in Inflation, Substitution von Konsumgütern und einer Überbewertung der Währungen mündete (Boris 2001: 47-56). Die niedrigen Steuereinnahmen und die Importabhängigkeit von den Halbfabrikaten und Investitionsgütern der Metropolen führten zu einem kreditfinanzierten Wachstum, das mit ausländischen Petrodollars finanziert wurde und in

einer wachsenden Außenverschuldung kulminierte. In Verbindung mit der oft als „Volcker-Shock“ (Panitch/Gindin 2003: 128) bezeichneten, ab 1979 praktizierten Hochzinspolitik des US-amerikanischen Notenbankchefs Paul Volcker kulminierten diese Krisenmomente im Jahr 1982 in der lateinamerikanischen Schuldenkrise, die – ohne in einen monokausalen Reduktionismus verfallen zu wollen – als das Ende des intensiven lateinamerikanischen Akkumulationsregimes bezeichnet werden kann.

3.2. Die Neoliberale Wende

Dennoch sollte die neoliberale Wende in Lateinamerika nicht als ein in allen Ländern synchron ablaufender Prozess angesehen werden (Dombois/ Pries 1999: 53f.). In Chile (1973) und Argentinien (1976) wurde die neoliberale Wende bereits früh durch Militärdiktaturen durchgesetzt. Die mexikanischen und bolivianischen Eliten folgten dem Pfad in den frühen 80er Jahren. In Venezuela, Peru, Ecuador und Kolumbien orientierte man sich erst Ende der 80er Jahre um, während Brasilien bis in die 90er Jahre von dem neoliberalen „Erdrutsch“ (Hobsbawm 2000: 503) verschont blieb.

Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Grundlage für die politische Neuorientierung die Erschöpfung des „peripheren Fordismus“ in der verlorenen Dekade der 80er Jahre darstellte. Die neoliberale Strategie setzte hierbei an den Entwicklungsblockaden des Importsubstitutionsmodells an. Die binnenwirtschaftliche Dynamik erschien erschöpft, ein neues außenorientiertes Akkumulationsregime musste errichtet werden. Es können drei Hauptmechanismen unterschieden werden, die die nationalstaatliche Regulation stark veränderten.

Erstens begannen die Zentralbanken, auf eine monetaristische Geldpolitik umzuschwenken, um die Inflation zu bekämpfen und die wachsende Auslandsverschuldung einzudämmen. Die Abkehr von der ehemals expansiven Geldpolitik wurde in den neunziger Jahren in vielen Fällen durch eine feste Wechselkursbindung an den Dollar vorangetrieben. Das „Currency Board“ führte zur de facto Entnationalisierung der Regulation des Geldverhältnisses und stellte ein Zwangskorsett für die staatliche Fiskalpolitik dar. Die Folgen waren eine Anhäufung von Währungsreserven, um die Dollarkoppelung zu verteidigen, und eine wechselkursinduzierte „Stop-and-Go-Politik“ (Fritz 2000: 267).

Zweitens liberalisierten die lateinamerikanischen Regierungen die Finanzmärkte und senkten in vielen strategischen Sektoren die Einfuhrzölle für Importgüter. Die Konsequenz bestand in einer Transnationalisierung der Kreditmärkte sowie in einer Verschärfung der Konkurrenz, die in eine Welle von ausländischen Übernahmen mündete. Die Regulation des Konkurrenzverhältnisses verschob sich somit von einer Oligopolkonkurrenz von staatlichen, privaten nationalen und transnationalen Unternehmen unter nationaler privater Dominanz zu einem verschärften Konkurrenzverhältnis mit geringerem staatlichen Einfluss unter transnationaler Vorherrschaft.

Drittens trieb der Staat einen Privatisierungsprozess unter dem Druck transnationaler Kapitalfraktionen voran. Dieser Prozess der „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2003a: 137-182; Harvey 2003b) wurde durch eine strukturelle Überakkumulationskrise forciert, die ihren Ursprung in den Zentren der Weltökonomie hatte. Die Privatisierungen gingen meist mit einer Entnationalisierung und einer Zersetzung der regionalen und nationalen Produktionsstruktur einher.

Überdies kam es mit der Demokratisierung der lateinamerikanischen Gesellschaften in verschiedenen Ländern zu einer partiellen Auflösung traditioneller korporatistischer Lohnaushandlungsmechanismen. An die Stelle sozialpartnerschaftlich orientierter und staatsnaher Gewerkschaften traten Gewerkschaften, die für eine stärkere politische Autonomie eintraten. Doch die strukturelle Übermacht des Kapitals infolge der neoliberalen Konterrevolution zog vielfach eine Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse nach sich.

Die Umstrukturierung der Volkswirtschaften war mit einer Dynamisierung des „hegemonialen Blocks“ verknüpft. Transnationale Kapitalfraktionen, die schon in der zweiten Phase der Importsubstitution einen wachsenden Einfluss auf die Politik ausübten, übernahmen nun die Führungsfunktion in der Klassenallianz. Oft wurde der informelle Sektor als Mobilisierungsmasse für radikale, auf Privatisierungen setzende Akkumulationsstrategien genutzt, die von der Rückkehr (neo)populistischer Führungsfiguren auf die politische Bühne begleitet wurden.

Der neu formierte „hegemoniale Block“ reproduzierte und dynamisierte die neoliberale Wirtschaftsverfassung durch eine Vielzahl von „hegemonialen Projekten“, die oftmals auf die indirekte Zustimmung von Beherrschten stieß. Verschiedene Pläne zur Wechselkursstabilisierung wie der Plano Real in Brasilien oder der Plan Cavallo in Argentinien schafften es beispielsweise, eine politische Konstellation zu schaffen, die die Wiederwahl von neoliberalen (Neo)Populisten wie Carlos Menem in Argentinien (1989-1999), Alberto Fujimori in Peru (1990-2000) oder moderateren

Sozialdemokraten blairistischer Ausrichtung wie Fernando Henrique Cardoso (1994-2002) in Brasilien garantierte.

Das neoliberale Gesamtprojekt konnte aus verschiedenen Gründen in Lateinamerika hegemonial werden. Zunächst stellten die Konzepte der wechselkursorientierten Stabilisierung eine wirksame Methode dar, um die grassierende Inflation in den Griff zu bekommen. Der von vielen Menschen als zentrales Alltagsproblem empfundene Preisanstieg wurde mittelfristig eingedämmt. Des Weiteren ging die neoliberale Wirtschaftsorientierung in vielen Fällen interessanterweise mit einer gesellschaftlichen Demokratisierung einher. Die Ideologie von „Freiheit und Marktwirtschaft“ konnte somit zumindest von den Mittelschichten positiv aufgenommen werden. Außerdem heizten die massiven Privatisierungen oftmals einen kurzfristigen ökonomischen Boom an, der zur allgemeinen Wahrnehmung des neoliberalen Modells als einem verheißungsvollen Entwicklungspfad beitrug.

Als wichtige Schlussfolgerung muss festgehalten werden, dass die Phase des Neoliberalismus in kürzester Zeit die Verlagerung der Kapitalakkumulation aus dem nationalen in den transnationalen Raum nach sich zog (Novy 2001: 106-127). Die aus dem exogenisierten Akkumulationsregime resultierende Desintegration von Nationalökonomien als ein Setting einer einheitlichen Produktionsstruktur mit einem daran gekoppelten Binnenmarkt verschärft dabei zugleich die regionale Polarisierung im nationalen Raum, fördert das Wachstum des informellen Sektors und zerstört traditionelle ländliche Strukturen.

3.3. Der offene Regionalismus und die NAFTA

Die neuen regionalen Integrationsprojekte zwischen (semi)-peripheren und Zentrumsstaaten begleiten diesen Prozess. Eingebettet in das sich auf globalisierte Finanzmärkte und Informations- und Kommunikationstechnologien stützende Dollar-Wall-Street-Regime, bildete sich eine Summe ähnlicher neuer, offener Regionalismen (z.B. NAFTA, MERCOSUR, APEC, ASEAN) heraus.

Die neuen, offenen Regionalismen zeichnen sich durch die interne Liberalisierung von Handel und Investitionen aus. Des Weiteren werden die offenen Regionalismen oft als regionaler Aufbruch zu einem vertieften weltweiten Freihandelsregime verstanden. Eine Hauptzielsetzung der neuen Regionalismen besteht in der Schaffung von größeren offenen Märkten, die gerade in der

Peripherie eine erhöhte Attraktivität für ausländische Investoren in der internationalen Standortkonkurrenz schaffen sollen. Des Weiteren sind die neuen Regionalismen offen für weitere Beitrittskandidaten und besitzen kaum supranationale Institutionen. Neue Regionalismen zwischen Staaten im Zentrum und der Peripherie sind ferner stets von der Absicht von Akteuren aus dem Zentrum bestimmt, eine verstärkte Durchdringung der peripheren Märkte zu erreichen und die Konkurrenz aus anderen Weltregionen von diesen Märkten abzuschirmen.

Eine sehr weitsichtige Analyse der neuen Regionalisierungstendenzen in der Weltwirtschaft bietet der Ansatz des „New Constitutionalism“ des britischen Politikwissenschaftlers Stephen Gill (2003: 131). Der „Neue Konstitutionalismus“ ist „bestrebt, ökonomische und politische Prozesse von einer breiten politischen Verantwortlichkeit zu separieren, um die Regierungen gegenüber der Disziplin des Marktes empfänglicher und gegenüber populär-demokratischen Kräften und Prozessen entsprechend weniger empfänglich zu machen“ (Gill 2000: 44). Dieser von dem Neuen Konstitutionalismus ausgehende Prozess des „disciplinary neoliberalism“ (Gill 2003: 116-140) verfestigt oder beeinflusst so ein bestehendes soziales Kräfteverhältnis und rekonfiguriert gesellschaftliche Diskurse dahingehend, dass die Ökonomisierung und Privatisierung von Institutionen innerhalb einer „Kultur des Marktes“ (Gill 2000: 45) protegiert wird.

Die Welle der neuen Regionalismen zeichnet sich in vielen Fällen außerdem dadurch aus, dass Regionen konstruiert werden, in denen die Räume des Zentrums und der Peripherie miteinander integriert, in gewisser Weise „kurzgeschlossen“ werden. Die Integration peripherer mit zentralen Räumen ist eine Neuheit des transnationalen High-Tech-Kapitalismus und war in der fordistischen Konstellation komplett unbekannt (Ricupero 2003: 20-21). Der bereits beschriebenen Verlagerung der Kapitalakkumulation aus dem nationalen Raum in die transnationale Sphäre wird damit Rechnung getragen. Es werden umfangreiche Sektoren arbeitsintensiver Industrien in der (Semi)-Peripherie konstruiert, die von der heimischen Nationalökonomie partiell entkoppelt sind. Die Schaffung einer Freihandelszone ist immer auch ein politisches Projekt, das die Reproduktionsfähigkeit des „hegemonialen Blocks“ absichert und die Exogenisierung des Akkumulationsregimes fördert.

Eine äußerst treffendes Beispiel stellt die NAFTA (North American Free Trade Area) dar, die später als Blaupause für das ALCA-Abkommen dienen sollte. Die 1994 in Kraft getretene Freihandelszone umschließt Mexiko, Kanada und die USA. Die großen Differenzen zwischen dem entwickelten Nordamerika und Mexiko springen ins Auge. Das mexikanische BSP pro Kopf betrug 1994 knapp ein Sechstel des BSP pro Kopf der nordamerikanischen Vertragspartner, das

Lohnniveau lag in vielen Branchen wie der Automobilindustrie bei lediglich einem Zehntel des nordamerikanischen Standards (Boris/Sterr 2002: 200).

Das Abkommen verankerte die strukturelle Vormacht des US-Kapitals. Der Vertrag führte zu einer weitgehenden Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Kapitel 11 des Vertragswerks nahm die Gleichstellung inländischer und ausländischer Investoren und einen Schutz vor staatlichen Eingriffen wie beispielsweise Enteignungen vor. Kapitel 10 unterwarf die Regierungen dem Zwang, sich nach marktwirtschaftlichen Mechanismen mit Gütern zu versorgen. Eine Festschreibung von Patentrechten, eine Öffnung des mexikanischen und kanadischen Dienstleistungsmarktes und eine schrittweise Lockerung der Höchstanteilsklauseln an kanadischen und mexikanischen Unternehmen für US-amerikanische Investoren verstärkten die Durchdringung der mexikanischen Märkte durch US-Kapital. Das Ergebnis des Prozesses war eine Steigerung von ausländischen Direktinvestitionen in Mexiko, die sich in den Folgejahren der Peso-Krise 1994/95 bei ca. 12 Mrd. Dollar jährlich einpendelten. Des Weiteren expandierte der intraregionale Handel infolge der Öffnung der Warenmärkte. Die US-Exporte nach Mexiko verdoppelten sich zwischen 1993-2001, die Exporte in die USA stiegen sogar um das Dreifache (Boris/Sterr 2002: 197-208). Handels- und investitionsumleitende Effekte führten dazu, dass konkurrierende europäische Unternehmen „etwa ein Drittel [d]es Marktanteils eingebüßt hatte[n]“ (Gratius 2003a: 28).

Die vielleicht bemerkenswerteste Veränderung fand im Bereich der internationalen Arbeitsteilung statt. Mit dem Maquiladora-Gürtel war seit den 70er Jahren ein Sektor arbeitsintensiver Industrie in Nordmexiko entstanden, der schon bis zum Inkrafttreten des Abkommens auf einen Umfang von über 500 000 Arbeitsplätze angewachsen war. Die Verbindung von billigen Arbeitskräften, Zollsenkungen, Investitionsfreiheit und –sicherheit ließen den Sektor derart expandieren, das er 2000 einen Umfang von mehr als 1,3 Millionen Arbeitsplätzen umfasste (Anderson 2002: 51). Die Haupttriebfeder war die Auslagerung von Teilprozessen der US-Industrie in den Norden Mexikos, was sich in dem Reimport von knapp 65% der US-Exporte aus der Gesamtwirtschaft und 90% der Exporte aus dem Maquiladora-Komplex im Jahr 2000 offenkundig zeigt. Die Inputs der mexikanischen Ökonomie in den Maquiladora-Gürtel waren indes sehr niedrig. Schätzungen sprechen von lediglich 2 bis zu immer noch relativ niedrigen 25% (Boris/Sterr 2002: 199). Die hohe Integration des nördlichen Grenzraums Mexikos in die transnationale

Wertschöpfungskette führte auf diese Weise zur weitgehenden Entkoppelung von der übrigen Nationalökonomie.⁷

Die Bewertungen des Freihandelsexperiments gehen auseinander. Die Herausgeber der Zeitschrift *Foreign Affairs* (2004, I) sprechen von "the world's most formidable free trade area" und andere Autoren haben das Wachstum von Investitionen oder das recht ansehnliche mexikanische Wirtschaftswachstum von knapp 3,5% in den 90er Jahren hervorgehoben. Dennoch existieren auch konträre Positionen. Von der Gegenseite wird oft folgendes betont: „Für einige Personen war NAFTA ohne Zweifel ein großer Erfolg.“ Aber „vom Standpunkt der Arbeitnehmer in diesem Land war die NAFTA bis jetzt ein großes Scheitern“ (Faux 2002: 15-18).

Bei der Kritik sind vor allem zwei Dimensionen von Bedeutung: Zum einen herrschen katastrophale Arbeitsbedingungen in den maquilas, die negative Auswirkungen auf die Sozialstandards des gesamten Landes nach sich ziehen. Daniel Liberos Caicedo (2001: 98) fasst die Missstände zusammen: „In Mexiko erreichte der Mangel an Arbeitsplätzen 1997 die Marke von 20 Millionen Arbeitsplätzen (für eine Bevölkerung von 91,9 Millionen). Der Mindestlohn erreichte 1996 das niedrigste Niveau seit dem er 1935 durch die Regierung Cárdenas institutionalisiert wurde. *Corpamex* [...] schätzt, dass lediglich 3,5 Arbeiter von zehn (34,6%) mehr als zwei Mindestlöhne (200 Dollar und mehr) verdienen. Die gleiche Quelle bestätigt, dass von den übrigen 6,5 Arbeitern 1,5 gar keinen Lohn erhalten (fast 5 Millionen von denen 3.100.000 in der Landwirtschaft arbeiten), zwei Arbeiter erhalten weniger als einen Mindestlohn und die übrigen drei verdienen das Äquivalent von einem bis zwei Mindestlöhnen. Für die Frauen ist die Situation noch schlimmer: weniger als zwei Arbeiterinnen von zehn verdienen das Äquivalent von zwei Mindestlöhnen oder mehr.“ Die Beschäftigten im Maquiladora-Sektor sind überwiegend weiblich, obwohl der Anteil der Frauen infolge des Transfers der männlich dominierten Elektroindustrie nach Mexiko mittlerweile von 75% in den 80er Jahren auf knapp 55% in den 90er Jahren gefallen ist.

Zum anderen werden durch die NAFTA die dem Neoliberalismus inhärenten Mechanismen der Privatisierung, Entnationalisierung und Liberalisierung der Produktionsstruktur unterstützt. Boris und Sterr (2002: 201-203) betonen, dass große Teile der mexikanischen Ökonomie privatisiert und/oder entnationalisiert wurden. Die schon mit der Regierung Salinas vorgenommene Privatisierung des „ejido“-Systems (Harvey 2003a: 160) kulminierte in Verbindung mit der infolge der verschärften Konkurrenz durch hochproduktive US-Agrarfirmer sinkenden Preisen für

⁷ Die Freiheit des intraregionalen Personenverkehrs und die Abschaffung von vielen nichttarifären Handelshemmnissen sind kein Bestandteil des Abkommens.

landwirtschaftliche Produkte in einer massiven Landflucht. Außerdem erhöhte die auf der Liberalisierung der Finanzmärkte basierende Peso-Krise 1994/95 die soziale Ungleichheit in Mexiko und vertiefte die dualistischen Wirtschaftsstrukturen.

3.4. Das ALCA-Projekt

3.4.1. Zur historischen Einordnung – Von der EAI zur ALCA⁸

Die Geschichte der ALCA und der NAFTA sind untrennbar miteinander verbunden. Der Startschuss für die Implementierung der Freihandelsprojekte bestand in der „Enterprise for the Americas Initiative (EAI)“, die die Regierung Bush ab 1990 verfolgte. Neben dem Ziel, so Bush senior, eine Freihandelszone „stretching from the port of Anchorage to Tierra del Fuego“ (zit. nach Carranza 2000: 107) zu errichten, wurde im Rahmen der EAI eine Umstrukturierung der lateinamerikanischen Schuldenlast und eine Koordination von Investitionen durch die Inter-American Development Bank vereinbart. Die politische Initiative zur gesamtamerikanischen Freihandelszone erwies sich zunächst jedoch als unrealistisch, sodass sich die Regierung Bush vorerst auf die im Februar 1991 gestarteten Verhandlungen zur NAFTA konzentrierte. Die NAFTA und die EAI skizzierten dennoch die ersten Grundzüge eines Gesamtentwurfs für die Lateinamerikapolitik der nächsten Jahre. Sowohl die NAFTA und die eher symbolischen „framework agreements“ der USA mit der Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten erforderten eine Zustimmung zu den Grundprinzipien des Freihandels und der Finanzmarktliberalisierung (Payne 1996: 105 f.).

Die Clinton-Administration griff das Vorhaben wieder auf und initiierte mit dem ersten „Summit of the Americas“ im Dezember 1994 in Miami den ALCA-Prozess (Payne 1996: 109f). Die auf dem ersten Gipfeltreffen geladenen Staatschefs aus 34 amerikanischen Ländern vereinbarten im Rahmen ihres „Aktionsplans“ (First Summit of the Americas 2004a) regelmäßige,

⁸ In der Darstellung des ALCA-Projekts gehe ich zunächst nicht auf die Pläne zur Errichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und dem MERCOSUR ein. Es muss dennoch unterstrichen werden, dass die Absicherung der Vorherrschaft des US-amerikanisch dominierten Kapitals in Lateinamerika ein zentrales Motiv für das Abkommen darstellt (Malcher 2004: 242-257, Berriel-Diaz/Malcher 2001:35-46).

institutionalisierte Verhandlungsrunden der Handelsminister und zwei weitere Gipfeltreffen der Regierungschefs in Santiago 1998 und Quebec 2001. Ziel des Prozesses sollte die Aushandlung einer panamerikanischen Freihandelszone bis zum Jahr 2005 sein. Darüber hinaus plädiert eine Prinzipienklärung des Gipfels (First Summit of the Americas 2004b) für eine Demokratisierung bei gleichzeitiger „Deregulierung“ des Staatsapparates (Malcher 2004: 367), die das sozialistische Kuba aus den Verhandlungen ausschließt. Ferner betonten die Regierungen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit in 22 zusätzlichen Teilbereichen wie zum Beispiel der Bekämpfung von Drogenhandel und Kriminalität, dem Schutz von ethnischen Minderheiten und der Umwelt.

In der Vorbereitungsphase zum offiziellen Start der Verhandlungen auf dem zweiten Summit of the Americas in Santiago fanden vier Treffen der Handelsminister statt, bei denen die institutionelle Struktur für den Aushandlungsprozess festgelegt wurde. Neun Verhandlungsgruppen zu den Themengebieten Landwirtschaft, Regierungsversorgung, Investitionen, Marktzugang, Subventionen und Ausgleichszölle, Schlichtungsverfahren von Konflikten, Dienstleistungen, geistiges Eigentum und Wettbewerbspolitik nehmen die konkrete Ausgestaltung des Vertragswerks vor. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die Inter American Development Bank und die CEPAL erhielten die Verantwortlichkeit für die technische Unterstützung des Projekts. Ein Verwaltungssekretariat wurde eingerichtet und jeweils zwei Mitgliedsstaaten wird die rotierenden Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft der ALCA für die Zeitspanne bis zum folgenden Summit übertragen.

Der zweite Summit of the Americas bestätigte die institutionelle Struktur, setzte die Frist für den Abschluss der Verhandlungen auf das Jahr 2005 fest und vereinbarte mit dem „Santiagoplan“ ein kreditfinanziertes Programm im Umfang von 8,3 Milliarden Dollar, das dem Ausbau der Bildung, der Bekämpfung der Armut, des Drogenhandels und der Kriminalität dienlich sein sollte.

Auf dem dritten Summit of the Americas bestätigten die Gipfelteilnehmer den Status quo des Zeitplans des Verhandlungsprozesses und gaben auf Druck der öffentlichen Meinung (Fritsch 2001) den vorläufigen Vertragstext auf der offiziellen ALCA-Webseite zum Download frei (<http://www.ftaa-alca.org>). Als Frist für das Inkrafttreten des Vertrags legten die Staatsschefs den 31.1.2005 fest. Am Rande des Gipfels kam es zu ersten großen Anti-ALCA-Protesten mit bis zu 30000 Demonstranten.

3.4.2. Grundzüge des Vertrages im Jahr 2001

Ein genauerer Blick auf das vorläufige Vertragswerk aus dem Jahr 2001 (Negotiation-Groups of the FTAA 2001) und die verschiedenen Initiativen der US-Regierung in Lateinamerika verdeutlichen die anfänglichen Intentionen, Inhalte und Auswirkungen des ALCA-Projekts. Auch wenn die erste öffentlich zugängliche Version des ALCA-Vertragstextes noch mit einer Vielzahl von Klammern versehen ist, die die Unstimmigkeiten der Verhandlungsteilnehmer ausdrücken, ist die Zielsetzung des Projekts leicht zu erkennen. Das Abkommen enthält eine klare ökonomische Agenda, die verschiedenen Ebenen umfasst:

Erstens werden Teilelemente des in den WTO-Verhandlungen von Seattle gescheiterten „Multilateral Agreement on Investment“ (MAI) in Artikel 3 und 4 des Kapitels zu den Investitionen übernommen (Negotiation-Groups of the FTAA 2001: Chapter on Investment). Der Kapitalverkehr in der panamerikanischen Region soll komplett von Hindernissen befreit werden. Das eigens in dem Kapitel eingefügte Streitschlichtungsverfahren verdient in diesem Kontext besondere Aufmerksamkeit. Investoren erhalten beispielsweise die Möglichkeit, Regierungen zu verklagen, wenn diese nicht die kostengünstigste Investition bei Ausschreibungen bevorzugen. Das staatliche Handeln wird so diszipliniert und eine koordinierte Förderung staatlicher oder nationaler Betriebe erschwert. Die Außenorientierung der Kapitalakkumulation wird gefördert, finanzstarke transnationale Kapitale werden gegenüber nationalen Unternehmen aufgewertet und die verstärkte Einbindung von einzelnen regionalen Machtfeldern in die transnationale Wertschöpfungskette wird vorangetrieben.

Zweitens entsteht durch die forcierte Einbindung der lateinamerikanischen Ökonomien in die internationalen Finanzmärkte und die beabsichtigte Öffnung der lateinamerikanischen Märkte für US-amerikanische Finanzdienstleistungen (Berriel-Diaz/ Malcher 2001: 37) ein größerer Druck, die eigenen Währungen durch Currency-Boards zu fixieren oder wie im Fall Ecuadors (2001) oder El Salvadors (2000) gar zu dollarisieren. Damit wurde die Regulation der Geldemission auf die Fed übertragen, ein Kernbestandteil autonomer Finanzpolitik aufgegeben und die Anbindung einzelner Sektoren der Ökonomie an die Zentren verstärkt (Marx Carrasco Vicuña 2001: 45-62).

Drittens werden durch das Kapitel zum geistigen Eigentum Monopolrenten der ausländischen multinationalen (pharmazeutischen und informationstechnologischen) Unternehmen

abgesichert, aber auch extensive Akkumulationsstrategien gefördert, die oft „Biopiraterie“ und vergleichbaren Formen der „Akkumulation durch Enteignung“ darstellen (Harvey 2003: 147f).

Viertens enthält das Vertragswerk außer Lippenbekenntnissen keinerlei verpflichtende Sozial- und Umweltstandards (Negotiation-Groups of the FTAA 2001: Chapter on Investment, Article 18,19). Die Möglichkeit für den Aufbau von Maquiladora-Zonen in allen Ländern Lateinamerikas bleibt offen. Wird erst die Regulation der Arbeitsbeziehungen in einzelnen Territorien rekonfiguriert, kann sich dies auf die komplette nationale Regulation auswirken.⁹

Auch die Warenmärkte sollen durch das Abkommen schrittweise liberalisiert werden. Sowohl tarifäre als auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse werden im Vertragstext diskutiert und abgedeckt, allerdings lagen im Jahr 2001 weder endgültige Zahlen für die Zollsenkungen noch die Importquoten vor. Im Jahr 2003 wurde schließlich ein US-amerikanisches Angebot vorgelegt, dass die Senkung der Zölle für Industrieprodukte aus der karibischen Freihandelszone CARICOM um 91%, aus dem zentralamerikanischen Raum um 66%, aus der Andenregion um 61% und dem MERCOSUR um 58% in einem ersten Schritt vorsieht. Für Agrarprodukte wird eine sofortige Zollsenkung für die CARICOM um 85%, für Zentralamerika um 65%, für die Andenländer um 68% und 50% für den MERCOSUR umgesetzt (Mercadante 2003). Das Kapitel zur Landwirtschaft ist besonders umstritten. An der Forderung nach der Senkung der US-Agrarsubventionen entzündeten sich in den Verhandlungen verschiedene Auseinandersetzungen.

Die Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes stellt einen weiteren Schwerpunkt des Abkommens dar. Gekoppelt an die Meistbegünstigungsklausel kann eine Privatisierung der öffentlichen „Dienstleistungen“ des Bildungs-, Gesundheits- und Rentensystems erfolgen (Barlow 2001: 11-54).

Zuletzt sieht das Kapitel zur Wettbewerbspolitik die Bekämpfung von Preismanipulationen, Restriktionen bei der Versorgung oder der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, Marktaufteilungen, Absprachen bei öffentlichen Ausschreibungen und dem Missbrauch einer dominanten Marktposition vor. Dem Vertragsentwurf zufolge sollen alle Vertragsparteien „adopt or maintain measures, at national or subregional level, to proscribe anticompetitive conduct“ (Negotiation-Groups of the FTAA 2001: Chapter on Competition Policy, Article 1). Das nationale Konkurrenzverhältnis wird somit dahingehend verändert, dass sämtliche amerikanischen Firmen

⁹ Es ist jedoch erwähnenswert, dass sich verschiedene Regierungen lateinamerikanischer Staaten vehement gegen diese Regelung wehrten, da durch festgesetzte Arbeitsstandards eine Welle des Protektionismus aus dem Norden erwartet wurde.

gleiche Rechte erhalten. Die Folge dürfte in einer Verdrängung der weniger produktiven lateinamerikanischen Firmen von den Märkten durch nordamerikanische Unternehmen bestehen.

Bei dem ALCA-Projekt handelt es sich um einen neuen offenen Regionalismus. Die ALCA dient zur Transformation und Redynamisierung des ökonomischen Disziplinierungsregimes in Lateinamerika und verankert dementsprechend die Macht des neoliberalen Machtblocks vor Ort. Der von dem Projekt ausgehende „disziplinierende“ Neoliberalismus“ zeigt sich in verschiedenen Bereichen: in der Übernahme von Teilelementen des MAI, in der Wettbewerbspolitik, in dem Entnationalisierungsdruck auf die Geldpolitik, in dem Privatisierungsdruck auf öffentliche Sozialsysteme und in der beabsichtigten Öffnung der Warenmärkte. Des Weiteren werden durch die ALCA Zeit-Raum-Komprimierungen forciert, die zu einer „Vernichtung des Raumes“ (Harvey 1996 zitiert nach Novy 2001: 36) und somit einer Förderung der Konstruktion von transnationalen Räumen bzw. der Exogenisierung von Akkumulationsregimes gleichkommt. Der Zugriff auf die Regulation durch popular-demokratische Kräfte wird durch die disziplinierende Wirkung des Neuen Konstitutionalismus abgeschirmt, der historische Block reproduziert.

Der ALCA-Prozess wird von einer Fülle von Begleitprogrammen flankiert. Der im Jahr 1999 initiierte Plan Colombia und die Ausweitung des Plans zur Regionalen Andeninitiative (Álvarez 2002: 227-382) zeugt von einer wachsenden Militarisierung des Subkontinents. Nach dem Abzug der US-amerikanischen Truppen im Jahr 1999 aus Panama scheint das Pentagon auf eine Diversifizierungsstrategie der US-Militärstützpunkte zu setzen (Malcher 2004: 345f.). Die Hegemonie der neoliberalen Gesellschaftskonfiguration wird, um ein Konzept Gramscis aufzugreifen, mit Zwang gepanzert, um den Auseinandersetzungen mit den ab Ende der 90er Jahren stärker werdenden popular-demokratischen Kräften zu begegnen.¹⁰

3.4.3. Das Foro Empresarial de las Américas

Das ALCA-Projekt wurde zwar von Regierungsvertretern ausgehandelt, war aber auf die Initiative einer transnationalen „planning group“ (Van der Pijl 1999: 132-135) begründet, die die Interessen der panamerikanischen „transnationalen Kapitalistenklasse“ (Sklair 1997: 514) koordinierte, eine

¹⁰ Im Fall des Plan Colombia wendet sich die Militarisierung gegen eine mögliche Achse Havanna-Caracas-Bogotá, der neben der kubanischen Regierung und den venezolanischen Chavisten auch die stärksten kolumbianischen Guerillagruppen (ELN und FARC-EP) zugerechnet werden.

Agenda festlegte und in die Verhandlungen einbrachte. Die Transnationalisierung von Klassenstrukturen führt Apeldoorn (2000: 191) auf eine Strukturveränderung der Weltökonomie zurück: „Die Transnationalisierung des globalen Kapitalismus erzeugt [...] eine Transnationalisierung sozialer Kräfte, insbesondere jener Kräfte, die mit der Transnationalisierung und Globalisierung des Kapitals verbunden sind“. Doch die transnationale Kapitalistenklasse, die sich „in erster Linie aus den Top-Managern und Eigentümern des transnationalen Kapitals“ zusammensetzt (Apeldoorn 2001: 192), ist kein einheitlicher Akteur, sondern ist immer von internen Widersprüchen geprägt und bedarf einer koordinierenden Plattform, von der aus politische Projekte formuliert werden können. Oft werden diese Projekte in einer strategischen Allianz mit hohen staatlichen Vertretern genauer ausgehandelt, was den Projekten eine stärkere Kohärenz für die Durchführbarkeit auf nationaler Ebene verleiht. Die ALCA-Verhandlungen laufen ebenfalls im Rahmen dieses transnationalen Staats-Zivilgesellschaft-Komplexes ab.

Beim ALCA-Verhandlungsprozess existiert mit dem Foro Empresarial de las Américas (FEA) eine Planungsgruppe, dem die vierhundert Mitgliedsverbände des als Lobbygruppe für den panamerikanischen Freihandel fungierenden Businessnetzwerk Red Empresarial de Integración Hemisférica (REIH) und weitere 1000 Unternehmer angehören. Das Foro Empresarial de las Américas tagt immer zeitgleich zu den panamerikanischen Handelsministertagungen am gleichen Ort und bringt seine Vorschläge in die Verhandlungen ein (Malcher 2004: 379-385). Die Zielsetzungen des FEA (2001), so ein Papier zur Orientierung der Aktivitäten der einzelnen Arbeitsgruppen der sechsten Tagung des FEA in Buenos Aires 2001, umfassen die Forderungen nach einer panamerikanischen Wirtschaftszone frei von Subventionen, freiem Investitionszugang zu staatlichen Sektoren, der Privatisierung und Liberalisierung aller Dienstleistungen, der stärkeren Beteiligung des FEA an den Verhandlungen und der Durchführung der ALCA als ein „single-undertaking“.

Bei einem genaueren Blick auf die Forderungen fällt auf, dass interessanterweise die Vorstellungen des FEA in einigen Punkten (zum Beispiel den Subventionen) von den Verhandlungszielen der staatlichen Vertreter abweichen. Im Verhandlungsprozess machen staatliche Regierungsvertreter Konzessionen an einheimische Lobbygruppen aus den national orientierten Kapitalfraktionen, Agrarverbänden, Gewerkschaften, usw., die zur Erlangung der Hegemoniefähigkeit des Projektes und der reibungslosen Reproduktion des hegemonialen Blocks im nationalen Raum beitragen.

Ein interessantes Beispiel zur Erläuterung stellen die Probleme der Regierung Clinton dar, ein „fast-track“-Mandat für die ALCA-Verhandlungen zu erhalten. Das „fast-track“-Mandat ist für die Aushandlungen von zentraler Bedeutung, da nur dann das vollständige Vertragswerk vom Kongress ohne Änderungen abgestimmt werden kann. Die Regierung Clinton konnte bedingt durch die negativen Erfahrungen der Peso-Krise 1994/95 das Mandat nicht erhalten, da eine bizarre Allianz aus Republikanern, landwirtschaftlichen Lobbygruppen und gewerkschaftlichen Vertretern in der Demokratischen Partei sich gegen die Erteilung des Verhandlungsauftrags sträubte. Erst die Regierung George W. Bush erhielt am 6.12.2001 die „trade promotion authority“. Das neue Kabinett musste allerdings Subventionen an die Lobbygruppen aus dem Agrarsektor von knapp 170 Mrd. Dollar bis zum Jahr 2007 vergeben.

4. Die Veränderung der sozialen Kräfteverhältnisse

4.1. Finanz- und Währungskrisen in Lateinamerika

Das außenorientierte, extensive Strategien beinhaltende Akkumulationsregime erwies sich als krisenanfällig. Ab Mitte der neunziger Jahre fegte eine Welle von Finanz- und Währungskrisen über den lateinamerikanischen Subkontinent hinweg, die den neoliberalen Modus der gesellschaftlichen Reproduktion stark erschütterte und in einigen Nationalstaaten in eine Krise der Regulation mündete.

Der Ablauf der Finanzkrisen folgte stets einem ähnlichen Muster. In das Schwellenland flossen im Zuge der Privatisierungswelle, einer Hochzinspolitik und der Öffnung der Finanzmärkte große Mengen an zinsgünstigem Kapital. Gleichzeitig war die einheimische Währung an den Dollar gekoppelt, was zu einer künstlichen Überbewertung der Währung führte. Die kurzfristige Boomperiode bei Überbewertung der einheimischen Währung schlug sich in einer negativen Leistungsbilanz nieder, die durch den massiven Kapitalimport ausgeglichen wurde. Das chronische Leistungsbilanzdefizit erhöhte die Außenverschuldung, die sich aus Krediten in „harten Währungen“ zusammensetzte (Becker 2003). Der Zwang zur Bedienung der Schulden verwandelte die Aufrechterhaltung der Währungskoppelung in ein Muss: ein Teufelskreis setzte ein.

Doch nicht nur der hohe Anteil der Auslandsschulden war bedrohlich. Auch die Struktur der Schulden fällt auf. Ein Mix aus hochvolatilen Krediten und Portfolioinvestitionen überschwemmte den Markt. Der Anteil der kurzfristigen Schuldtitel erreichte einen so hohen Wert, dass er die Währungsreserven der einzelnen Zentralbanken überstieg.

Weitere krisenverschärfende Momente bestanden in dem Fehlen einer interventionsfähigen Regionalmacht und regionalen kooperativen Strukturen zum Krisenmanagement. Die brasilianische Zentralbank konnte aufgrund der durch den Plano Real gesteigerten Außenabhängigkeit des Landes keine Rolle als „lender of last resort“ wahrnehmen, Pläne für die Konstruktion eines Regionalfonds scheiterten (Caicedo 2001: 100).

Die Überbewertung der Währung durch die Dollarkoppelung, die negative Leistungsbilanz und der hohe Anteil kurzfristiger Auslandsschulden ermöglichten eine kreditfinanzierte spekulative Attacke gegen die angekoppelte Währung, die durch hebelverstärkende Finanzderivate gestützt wurde (Huffschnid 1999: 61). Die Speerspitze bei der Attacke bildeten Hedge-Fonds, die durch massiven Kapitalabzug Trends und Einschätzungen veränderten. Ein Herdenverhalten setzte ein, andere Finanzanleger verstärken den Trend, indem sie ihm folgten. Ratingagenturen veränderten ihre Einschätzungen und intensivierten den Zyklus. Die Währung geriet unter Abwertungsdruck und durch die massive Kapitalflucht kam es oft zu einem Übergreifen der Krise auf andere Finanzmarktsegmente (z.B. die Aktienmärkte). Selbstverständlich versuchte die Zentralbank des betroffenen Landes, mit ihren eigenen Devisenreserven dem Prozess entgegenzuwirken. Sie kaufte die eigene Währung an, um den Wechselkurs stabil zu halten. Waren die Devisen allerdings erst einmal verbraucht, konnte der Kurs nur noch durch ausländische Interventionen stabilisiert werden. Nun musste der von metropolitanen Regierungsvertretern dominierte IWF zur Hilfe gerufen werden, der die Interessen der transnationalen Kapitalistenklasse – Kapitalabzug ohne Kollateralschaden – rigoros durch an Strukturmaßnahmen gekoppelte Kredite durchsetzte. Die Gelder verpufften oft wirkungslos und die Schuldnerposition des Landes wurde weiter vertieft.

Länder mit ähnlichen Strukturmerkmalen wurden durch die Anleger und Ratingagenturen neu bewertet, die Interdependenz verschiedener Volkswirtschaften in Lateinamerika tat ihr Übriges. Die Konsequenzen waren absehbar, andere Ökonomien wurden durch die Finanzkrise „angesteckt“.

Die Folgen der Finanzkrisen waren verheerend. Während die Anleger meist ohne große Verluste ihr durch Bürgschaften geschütztes und durch „Stand-by-Kredite“ gedecktes Kapital aus dem Land

bringen konnten und die an der Spekulation beteiligten Devisenhändler märchenhafte Gewinnmargen in zweistelliger Millionenhöhe einstrichen (Pauly 2002), rutschten die Schwellenländer in die Krise. Neben einer kräftigen Rezession, stieg die Arbeitslosigkeit an, die soziale Polarisierung nahm zu, und oft kam es zu Unruhen. Die immensen Auslandsschulden blieben bestehen und sind nun noch schwieriger zurückzuzahlen, da die Schulden in harten Währungen beglichen werden müssen und der Wechselkurs sich zu Ungunsten der Schuldner entwickelt hat.¹¹

Tabelle 1: Ansteckungssequenzen

	Mexikanische Pesokrise 94/95	Brasilien- und Russlandkrise 98/99	Argentinienkrise 2001/2002
Auslöser	Mexiko	Brasilien Russland	Argentinien
Angesteckte Staaten	Argentinien Uruguay	Argentinien Uruguay Venezuela Kolumbien Ecuador Paraguay Chile	Uruguay Brasilien Paraguay

Quelle: eigene Darstellung

4.2. Hegemoniekrise des Neoliberalismus?

Die Finanz- und Währungskrisen stellten oft den Auftakt zur Rekonfiguration der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse dar. Malcher (2004: 482) schlussfolgert: „Die Wirtschafts- und Finanzkrisen gegen Ende der neoliberalen Dekade der 1990er-Jahre haben dazu geführt, dass die neoliberale Hegemonie in den Ländern des MERCOSUR in eine Krise geraten ist.“ Dies ist in den Fällen von

¹¹ Der Wechselkurs des brasilianische Real und des argentinische Peso liegt heute bei einem Verhältnis von 3 bis 3,5 zu einem Dollar. Beide Währungen waren zwischenzeitlich 1:1 an den Dollar gekoppelt. Dies führt dazu, dass aufgrund der Entwertung des lateinamerikanischen Kapitals höhere Summen an Devisen erwirtschaftet werden müssen, um die Auslandsschulden zu zahlen. Oft wird diese Dynamik bestritten. Gerade von Seiten des IWF wird darauf hingewiesen, dass die Abwertung es ermögliche, einen Leistungsbilanzüberschuss zu erzielen und so die Auslandsschulden zu tilgen. Da jedoch die Auslandsschulden im Fall von Argentinien und Brasilien auf circa den dreifachen Wert in einheimischer Währung angestiegen sind, erscheint dieses Erklärungsmuster als fragwürdig.

Uruguay, Argentinien und Brasilien sicherlich richtig. Dennoch stellt sich der Hegemonieverfall des Neoliberalismus im Cono Sur als ein widersprüchlicher Prozess dar.

Durch die Krisendynamik haben sich gleichzeitig die Strukturen des neoliberalen Disziplinarregimes in Südamerikas verfestigt. Die angewachsenen Auslandsschulden, die entnationalisierte Produktionsstruktur und die wachsende Militarisierung des Subkontinents durch eine Diversifizierung der US-Truppenstützpunkte scheinen das Regime zu vertiefen. Doch im gleichen Moment ist die Konfiguration äußerst fragil. Teile des „hegemonialen Blocks“ haben sich von dem ursprünglichen politischen Konsens entfernt, und es mangelt an einem hegemoniefähigen Konzept, um die Krise im Sinne des neoliberalen Blocks zu bearbeiten. Zeitgleich gelingt es den subalternen Klassen, durch die Aufstände 2001/2002 die politische Bühne in Argentinien und Uruguay zu betreten, ohne allerdings ihrerseits ein hegemoniefähiges Konzept präsentieren zu können, das die Konstitution eines durch die subalternen Klassen dominierten Blocks nach sich ziehen und die gesellschaftliche Konfiguration verändern könnte.

Die Phase der Instabilität bringt so verschiedene Konstellationen in sich extrem widersprüchlicher und fragiler Klassenallianzen hervor, die politische Projekte formulieren, deren Kohärenz und Funktionsfähigkeit noch unklar ist. In Argentinien und Brasilien handelt es sich um kurzzeitig konstituierte, in sich widersprüchliche Bündnisse, die eine spezifische – neokeynesianisch orientierte – intensive Akkumulationsstrategie auf den Plan setzen, ohne jedoch den Zugriff auf die in der fordistischen Epoche verfügbaren nationalen Regulationsinstrumente zu besitzen. Während der argentinische Aufstand eruptionsartig einen neuen Machtblock von staatlichen Funktionären, Unter- und Mittelschichten und neuen sozialen Bewegungen wie den „piqueteros“ zusammenbringt, wurde in Brasilien offensiv eine Klassenallianz zwischen Mittelschichten, im formellen Sektor beschäftigten Arbeitern und Sektoren der Industriebourgeoisie und Landoligarchie geschlossen, die weite Teile der Gesellschaft für einen klaren Wahlsieg von Lula zu mobilisieren vermochte. Eine weitere Ausdehnung der extensiven Momente der „Akkumulation durch Enteignung“ wird gestoppt, die exogene Ausrichtung des Akkumulationsregimes und selbstverständlich auch die Determinierung der nationalen Wirtschaftspolitik durch den transnationalen historischen Block bleibt im Prinzip erhalten. Die neue Bündnispolitik und der veränderte Modus der Akkumulation sind Teil eines offenen Prozesses, dessen Stoßrichtung und Perspektiven sich erst in den folgenden Jahren zeigen werden.

Die widersprüchliche Zusammensetzung des neuen Machtblocks führt dazu, dass in Brasilien viele Elemente einer progressiven Sozialpolitik aus wirtschaftspolitischen Erwägungen

und taktischem Kalkül zunächst aufgegeben werden. Die Außenpolitik ist jedoch aufgrund der in vielen Punkten deckungsgleichen Interessen sehr viel zielorientierter.¹² Die brasilianische politische Agenda stellt sich, um es in den Worten des brasilianischen Ministers für wirtschaftliche und soziale Entwicklung Tarso Genro (2003) zu fassen, folgendermaßen dar: „Es geht darum, ein Modell zu installieren, das sich durch folgende Merkmale auszeichnet: Hohe wirtschaftliche Zuwachsraten, die dank eines weltweit kompatiblen Produktionssektors getragen werden, und eine demokratische Einkommensverteilung – getragen von breiten politischen Allianzen.“

In Argentinien sind die Auswirkungen der neoliberalen Politik derart katastrophal, dass der Regierung Kirchner überraschend große politische Handlungsspielräume zur Verfügung stehen. Die Einführung einer Arbeitslosenversicherung von umgerechnet ungefähr 45 Euro pro Monat, das Ende der Straffreiheit für die Täter der Militärdiktatur und der harte Verhandlungsstil der Regierung mit dem IWF zeugen von dieser Ausgangssituation.

Auch in anderen Staaten in Lateinamerika kommt es zu ähnlichen Veränderungen. Der absehbare Wahlsieg der „Frente Amplio“ in Uruguay im November 2004 fußt ebenfalls auf einem durch eine Finanzkrise induzierten Hegemonieverfall neoliberaler Politikkonzepte. In vielen Fällen sind die Mechanismen jedoch anders verschränkt: Die Dollarisierung in Ecuador wurde zu einem mobilisierenden Kernthema der Linken im Wahlkampf.¹³ Der neoliberale, die Kriegsdynamik anheizende politischen Kurs der kolumbianischen Regierung Uribe setzt der neue Bürgermeister Bogotás Luis „Lucho“ Eduardo Garzón ein soziales Programm entgegen, und die bolivianischen cocaleros antworten auf die Privatisierungspläne der Erdgasproduktion der Regierung mit so heftigen Protesten, dass Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada am 17. Oktober 2003 von seinem Amt zurücktritt.

Mit der venezolanischen Regierung existiert eine weitere Administration, die auf einen sozialen Ausgleich und eine Veränderung der außenpolitischen Konzeptionen setzt. Die Transformation des politischen Systems basiert auf einer Besonderheit. Durch den schleichenden Verfall des Erdölpreises in den späten 70er Jahren und schließlich dem plötzlichen Fall des

¹² Die Sozialpolitik der brasilianischen Regierung enttäuscht bisher viele Hoffnungen. Die neue Rentenreform kürzt Leistungen für die obere Mittelschichten, um Mittel für andere Projekte zu sammeln und der „Null-Hunger-Plan“ (Fome Zero) reicht bei weitem nicht aus, um die Armut in Brasilien wirksam zu bekämpfen (Boris 2003: 22).

¹³ In Ecuador gewann der politische Newcomer Lucio Gutiérrez Ende 2002 die Präsidentschaftswahlen. Der Kandidat wendete sich gegen die Dollarisierung, die ALCA und den Plan Colombia und wurde von der Indígena-Bewegung CONAIE unterstützt. Die Minister des parlamentarischen Arms der Bewegung, der Pachakutik verließen jedoch im Sommer 2003 das Kabinett, da die Regierung Gutiérrez sich auf einen neoliberalen Kurs umorientierte.

Erdölpreises im Jahr 1988 desintegrierte sich der venezolanische Regime, das sich auf den Erdölreichtum und ein Zweiparteiensystem stützte. Die unter Carlos Andrés Pérez beginnende Veränderung der Wirtschaftspolitik setzte auf Privatisierungen, Liberalisierungen und Monetarismus. Schon 1989 kommt es zur Revolte, ohne dass der über 3000 Todesopfer fordernde Aufstand der Bewohner der Armenviertel in Caracas (Caracazo) die Machtverhältnisse veränderte. Ein langwährender Aufbau sozialer Bewegungen, mehrere Putschversuche und die ersten regionalen Wahlerfolge der Linken gipfelten schließlich im Wahlsieg des Ex-Putschisten Hugo Chávez Frías, der einen abrupten Wandel der Außenpolitik herbeiführte und soziale Programme aus den Erdöleinnahmen finanzierte. Ein Bündnis aus transnationalen Multis, Landoligarchie, Privatmedien, Mittelschichten und Gewerkschaftsvertretern der alten Ära antworteten mit einem „Klassenkampf von oben“ (Schmalz 2002: 1), der sich gegen den neuen Machtblock aus unterprivilegierten Arbeitern des formellen Sektors, Beschäftigten des informellen Sektors, Kleinbauern und progressiven Militärs richtet.¹⁴

Tabelle 2: Transformationsprozesse in Lateinamerika

	Argentinien	Brasilien	Venezuela
Form des Machtwechsels	Alte staatliche Elite verändert Kurs unter dem Druck sozialer Bewegungen	Paktierter Machtwechsel unter Führung der PT	Schlagartige komplette Ersetzung der Regierung durch neue Amtsträger
Gesellschaftliche Gruppen im neuen Machtblock	Mittelschichten, Gewerkschaften, Arbeitslose, „sectores populares“, staatliche Funktionäre und Teile des Industriekapitals	Versuch, ein breites demokratisches gesellschaftliches Bündnis zu konstruieren, das alle gesellschaftliche Gruppen umfasst	Progressive Militärs „sectores populares“ aus informellem Sektor, Teile der Arbeiterklasse
Wirtschaftspolitik	Neokeynesianismus bei strukturell eingeschränktem wirtschaftspolitischen Aktionsradius	Weitgehende finanzpolitische Orthodoxie mit neokeynesianischen Elementen	Auf Erdölreichtum basierende Umverteilung bei anhaltenden sozialen Auseinandersetzungen

Quelle: eigene Darstellung

¹⁴ Mittlerweile haben die Gegner von Chávez ein Referendum zur Abwahl des Präsidenten durchgesetzt, das im August 2004 stattfinden wird.

4.3. Widerstand gegen die ALCA

Doch der Formierung des Verhandlungsblocks der Vertreter aus Argentinien, Brasilien und Venezuela geht eine Geschichte des koordinierten transnationalen Widerstandes gegen die ALCA voraus. Mit den „Encuentros Hemisféricos de Lucha Contra la ALCA“ (Hemisphärenweite Treffen des Kampfes gegen die ALCA) initiierte ein Netzwerk sozialer Bewegungen eine panamerikanische „planning group“, die den ALCA-Widerstand koordinierte und damit zur politischen Artikulation eines neu formierten „transnationalen Netzwerks subalterner Klassen“ beitrug.¹⁵ Die einzelnen Netzwerke arbeiteten sich an den Inhalten des ALCA-Projekts ab und setzten einen gegenhegemonialen kommunikativen Diskurs in Gange. Dieser stützte sich auf nationale Kampagnen, in denen die Bedeutung nationaler Souveränität hervorgehoben wird und auf antiamerikanische Ressentiments zurückgegriffen wurde. Der Gegendiskurs mobilisierte weite Teile der Bevölkerung in einzelnen Ländern und bildet in Wechselwirkung mit der Transformation der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse die Grundlage für eine veränderte Haltung der Regierungen zur ALCA.

Zur Analyse lassen sich drei Ebenen unterscheiden: Die „Encuentros Hemisféricos de Lucha Contra el ALCA“ (EHLCA) als „planning group“ des Widerstandes, verschiedene Netzwerke und Organisationen, die den Widerstand auf transnationaler Ebene koordinieren und die einzelnen nationalen Kampagnen gegen das ALCA-Projekt.

Das erste Treffen des EHLCA fand am 13-16. November 2001 in Havanna statt. Das über 8000 Delegierte aus der gesamten Hemisphäre umfassende Treffen stellte in seiner Abschlusserklärung, dem „Konsens von Havanna“ fest: „ALCA ist eine ausgedehnte Version der [...] NAFTA und überträgt als solche an die transnationalen Unternehmen die Macht, Staaten die Regeln der makroökonomischen Politiken zu diktieren“ (Campanha Nacional contra a Alca 2002: 163). Ein Aktionsplan sah unter anderem vor, kontinentale Arbeitsgruppen zu Themenfeldern wie der „Verteidigung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Entwicklung“, der „sozialen Kohäsion“ und der „Überwachung der Verhandlungen“ einzurichten. Des Weiteren stand eine bessere Koordinierung zwischen den sozialen Bewegungen, die Mobilisierung der Öffentlichkeit, die Durchführung von nationalen Kampagnen und Plebisziten und die Realisierung

eines zweiten Treffens auf der Agenda. Beim zweiten EHCLA in Havanna vom 25.-28. November 2002 war der Ausbau des ALCA-Widerstandes und die Diversifizierung der Themengebiete im Zentrum des Geschehens. Positiv angemerkt wurde, das öffentliches Bewusstsein für die ALCA-Problematik in verschiedenen Staaten geschaffen wurde.¹⁶

Für die Initiierung der EHCLAs war maßgeblich die ASC (Alianza Social Continental) verantwortlich, die sich 1997 parallel zum Treffen der amerikanischen Handelsminister in Belo Horizonte als Netzwerk sozialer Bewegungen herausbildete. In einer Selbstdarstellung der ASC heißt es: „The [ASC] is a Network of labor organizations and citizens' coalitions representing more than 45 million people from throughout the Americas. It was created to facilitate information exchange and joint strategies and actions towards building an alternative democratic model of development that benefits our peoples. The [ASC] is an open space for organizations and movements interested in changing the policies of hemispheric integration and promoting social justice in the Americas” (Alianza Social Continental 2002: I). Die ASC ist für die Aktionen der ALCA-kritischen Bewegung von großer Bedeutung. Sie bildet die intermediäre Ebene zwischen den nationalen Kampagnen und dem EHCLA, formuliert politische und koordiniert die kontinentalen Kampagnen. Trotz ihrer zentralen Stellung im ALCA-Widerstand stellt die ASC nicht das einzige Netzwerk dar, das den Anti-ALCA-Diskurs kommuniziert. Mit dem lateinamerikanischen Parteiennetzwerk Foro de São Paulo, dem lateinamerikanischen Gewerkschaftstreffen (Encuentro de corrientes sindicales clasistas en América Latina) oder dem Bürgermeistertreffen der großen Städte des MERCOSUR (Cúpula de Grandes Cidades do Cono Sul – Diálogo pela inculsão social) existiert eine Vielzahl von Zusammenschlüssen, die allesamt die Fragmentierung der nationalen Öffentlichkeiten überwinden und die Bevölkerung transnational mobilisieren.

Auf nationaler Ebene werden schließlich Kampagnen unter reger Beteiligung verschiedener Organisationen durchgeführt, die sich in die kontinentale Kampagne gegen die ALCA eingliedern. Als Beispiel sei die sich wohl durch die größte Beteiligung auszeichnende Kampagne in Brasilien angeführt. Die brasilianische Kampagne gegen die ALCA fand Unterstützung in breiten Kreisen der Bevölkerung. Mit der Hilfe der Landlosenbewegung MST, des linken Gewerkschaftsdachverbandes CUT, der studentischen Organisation UNE, verschiedener Parteien (PT, PSB, PSTU, PCdoB),

¹⁵ Die „Encuentros Hemisféricos de Lucha Contra el ALCA“ sind in den sozialen Bewegungen des Subkontinents verankert. Es tagen Delegierte von Gewerkschaften, Basisbewegungen und NGOs, die große Teile der lateinamerikanischen Bevölkerung vertreten.

¹⁶ Im Januar 2004 fand ein drittes EHCLA statt. Näheres hierzu unter 5.3.

ATTAC, einer Summe von NGOs (wie FASE oder REBRIP) und kirchlicher Gruppen (Pastorais Socais – CNBB, Caritas Brasileira, usw.) (Campanha Nacional contra a ALCA 2002: 187-188) gelang es, im Jahr 2002 in einem Referendum beinahe 10 Millionen Unterschriften gegen das Freihandelsabkommen zu sammeln. Der ALCA-Protest zeichnete sich durch unzählige Aktivitäten aus. Über das Referendum hinaus organisierte die Bewegung im Jahr 2002 einige Großdemonstrationen, Seminare, Streiks, mobilisierte gegen das Handelsministertreffen in Quito und publizierte mehrere Bücher und Informationsmaterialien (Campanha Nacional contra a ALCA 2002: 185-188). Auch wenn die brasilianische Kampagne durch ihre besondere Schlagkraft hervorsteicht, sollte dennoch darauf hingewiesen werden, dass mittlerweile in beinahe allen lateinamerikanischen Ländern Komitees gegen die ALCA agieren und in vielen Staaten (wie Argentinien, Ecuador und Uruguay) rege Protestaktivitäten ablaufen (www.alcaabajo.cu).

5. Neue Kräfteverhältnisse in der Außenpolitik – Von Cancún nach Monterrey

5.1. Der brasilianische Strategiewechsel

Vor dem Hintergrund einer Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse auf dem lateinamerikanischen Subkontinent führten die Wahlsiege der Mitte-Links-Regierungen dazu, dass die Anliegen der ALCA-Kritiker auf einen fruchtbaren Boden fielen. Die Regierungen Brasiliens, Argentinens und Venezuelas begannen innerhalb der ALCA-Verhandlungen offensiver aufzutreten, ihre ehemaligen Verhandlungspositionen zu revidieren und die Verhandlungsgruppen für Vertreter der sozialen Bewegungen zu öffnen.

Wichtig ist hierbei, den Widerstand gegen die ALCA als Teilmoment einer neudefinierten Außenpolitik der Staaten wahrzunehmen. Die Zentralität einer reorientierten Außenpolitik zur Reproduktion der neuen Machtblöcke in der aktuellen globalen Konstellation ist offensichtlich. Um die Handlungsoptionen auf der nationalen Ebene zu erweitern, müssen die strukturalen Machtverhältnisse und Rahmenbedingungen in der internationalen Politik verändert werden und somit muss auch der transnationale „historischen Block“ rekonfiguriert werden. Während in Venezuela der derzeitige chavistische Machtblock eine solche außenpolitische Trendwende bisher

tragen konnte, sind in Brasilien (und im geringeren Umfang in Argentinien) Konzessionen an die Oberschicht vonnöten. Um die Vertiefung des neoliberalen Disziplinierungsregimes auf internationaler Ebene zu verhindern, werden so andere Politikfelder wie die nationale Umweltpolitik zur „Manövriermasse“ (Hart 2004: 16).

Im folgenden konzentriert sich die Analyse auf den Wandel der brasilianischen Außenpolitik. Hierfür sind zwei Gründe von besonderer Bedeutung: Zum einen stellt die brasilianische Ökonomie mit einem Bruttoinlandsprodukt von über 500 Milliarden Dollar im Jahr 2003, einer diversifizierten Produktionsstruktur und einer Bevölkerung von mehr als 175 Millionen Menschen eine Basis dar, auf der eine relativ autonome Handlungsweise der Regierung möglich wird. Die argentinische und die venezolanische Ökonomie besitzen zusammen ein Bruttoinlandsprodukt von lediglich 350 Milliarden Dollar und sind infolge aufgrund ihrer exportorientierten Produktionsstruktur sehr viel außenabhängiger als die brasilianische Wirtschaft. Zum anderen gingen die MERCOSUR-Außenminister am 5. Februar 2003 eine enge Allianz ein und vereinbarten, die Verhandlungen zur ALCA und mit der EU von nun an nur noch als gemeinsamer Block zu führen.

Die brasilianische Regierung befolgt laut Gratius (2003a: 19f.) eine „Drei-Fronten-Strategie“, um die ALCA-Verhandlungen zu Gunsten des neuen nationalen Machtblocks zu gestalten. Erstens soll eine „Verzögerungstaktik“ den Stichtag für das Zustandekommen des ALCA-Abkommens nach hinten verschieben. Zweitens soll der MERCOSUR als Gegengewicht zur USA gestärkt und ausgebaut werden und somit die Verhandlungsposition der brasilianischen und argentinischen Regierung gefestigt werden. Drittens besteht die Absicht, den Vertragsinhalt aufzuweichen und sensible Teile auf die Ebene der WTO und eines Abkommens zwischen dem MERCOSUR und den USA auszulagern. Der brasilianische Außenminister Celso Amorin (2003) bestätigte in einem Artikel in *Folha de São Paulo* diese Absicht: Der Verhandlungsprozess „kann in folgender Form beschrieben werden: 1) Die Substanz der Themen des Marktzugangs von Waren, und in limitierter Form, von Dienstleistungen und Investitionen würden in 4+1 Verhandlungen zwischen dem MERCOSUR und der USA behandelt werden. 2) Der ALCA-Prozess [...] würde sich auf einige Basiselemente wie die Lösung von Konflikten, die unterschiedliche Behandlung von unterentwickelten Ländern, Kompensationsfonds [...] und Themen der Handelserleichterung beschränken. 3) Die sensibelsten Themen, die eine Verpflichtung für Brasilien bedeuten, wie der normative Teil von intellektuellem Eigentum, Dienstleistungen, Investition und Regierungskäufe würden auf die WTO transferiert werden“.

Die von Gratius aufgezeigten Strategieelemente wurden allesamt in der brasilianischen Politik des letzten Jahres aufgegriffen. Zur Analyse ist es jedoch günstiger, die einzelnen Ebenen der Aushandlungsprozesse zu separieren und unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Beeinflussung zu begutachten. Es können drei Aktionsfelder der neuen brasilianischen Administration ausgemacht werden: Die WTO und die eng mit der Organisation verknüpfte G20-Gruppe, der MERCOSUR und natürlich die ALCA-Verhandlungen.

5.2. Die WTO und die G20 – Das Scheitern von Cancún

Das Scheitern des WTO-Gipfels in Cancún stellt einen historischen Bruch in der Entwicklung des globalen multilateralen Freihandelsregimes dar. Die Analysen der Geschehnisse von Cancún beschränken sich oft auf eine dichotomische, antagonistische Gegenüberstellung bilateraler und multilateraler Freihandelsregimes, die in vielen Fällen die vorwärtstreibenden Wechselwirkungen des Regimes unzureichend reflektieren. Sicherlich ist eine zunehmende – im weltweiten Maßstab hauptsächlich von der EU vorangetriebene – Bilateralisierung des Freihandelsregimes wahrnehmbar (Dieter 2003: 599-624). Dennoch scheint es voreilig, diese Prozesse als Konstruktion von Wirtschaftsblöcken wahrzunehmen, die in wachsender innerimperialistischer Konkurrenz den Weltmarkt zersetzen und deren Konflikte gewalttätige Auseinandersetzungen produzieren könnten. Die ökonomischen Verknüpfungen und Interdependenzen in der Triade sind hierfür zu groß. Selbst renommierte Vertreter der These des US-Divide wie Giovanni Arrighi halten einen Zusammenbruch des Weltmarkts für unwahrscheinlich (Arrighi 2003: 70).

Die eigentliche Neuheit des Treffens von Cancún bestand jedoch in der politischen Artikulation verschiedener Regierungen von NICs und Entwicklungsländern, die sich der weitgehend konsensualen Agenda der Triadenstaaten verweigerten und den ergebnislosen Abbruch des Gipfels erzwangen. Im Gegensatz zum Scheitern der WTO-Tagung in Seattle 1999 waren also die Gründe für das Misslingen nicht in einem Konflikt zwischen den Zentren zu verorten, sondern zwischen dem Zentrum und der Peripherie. Dieses Novum lässt sich auf fünf Gründe zurückführen:

Zunächst akzeptierten viele Vertreter der Schwellen- und Entwicklungsländer nicht mehr die Art und Weise, wie die Verhandlungen abliefen. Der eigentliche Aushandlungsprozess fand in sogenannten „green rooms“ zwischen den Vertretern der USA, Kanadas, der EU und Japans statt.

Der dort ausgearbeitete Konsens wurde dann dem Rest der WTO-Mitglieder präsentiert und durchgesetzt.¹⁷

Des Weiteren wehrten sich einige Verhandlungsdelegationen aus dem Süden gegen die Aufnahme der Singapore Issues (investments, government procurement, competition and trade facilitation) in die Tagesordnung. Diese in der sogenannten G90-Gruppe organisierten Vertreter fürchteten, dass die eigene ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung durch den Ausverkauf der einheimischen Produktionsstruktur und die Zerstörung staatlicher Infrastruktur gehemmt würde. An den Singapore Issues sollten die Verhandlungen schließlich scheitern.

Ein weiterer Kritikpunkt bestand in dem Protektionismus der Industrienationen gegenüber landwirtschaftlichen Produkten aus der Dritten Welt. Mehrere asiatische Regierungsvertreter befürchten zudem, dass eine weitere Liberalisierung der heimischen Agrarmärkte katastrophale Auswirkungen für die großen primären Sektoren der Volkswirtschaften haben könnte.

Ein bedeutender Grund für das Scheitern lag in der Konstruktion mehrerer Verhandlungsblocks der Vertreter der (Semi)Peripherie. Die G90-Gruppe, ein Bündnis aus südostasiatischen NICs, LDCs (least developed countries), den AKP-Staaten und der Afrikanische Union, weigerte sich, weitere Themen in die Verhandlungen mit auf zu nehmen und ließ den Gipfel schließlich scheitern. Wichtiger als dieses recht kurzzeitige Bündnis scheint jedoch die Formierung der G20-Gruppe im Vorfeld der Konferenz zu sein. Sie bildete die Grundlage für eine neue außenpolitische Allianz, die sich um Schwellenländer wie Brasilien, Südafrika, Indien, China und einige südostasiatischen NICs gruppiert und könnte auch nach dem Gipfel ein Forum für koordinierte Aktivitäten der Dritten Welt werden. Dennoch konzentrierte sich die G20 hauptsächlich auf die Forderung, Märkte in den Zentren für ihre Agrarprodukte zu erschließen. Die neue politische Allianz wurde nicht zuletzt durch den Wahlsieg Lulas in Brasilien und den WTO-Beitritt Chinas im November 2001 ermöglicht.

Die entscheidende Ursache für das Scheitern des Gipfels ist jedoch die Erfahrung vieler Regierungsvertreter der (Semi)-Peripherie, dass Gesellschaftsformationen in Südostasien, Afrika und Lateinamerika durch Finanz- und Währungskrisen am Rande der Reproduktionsfähigkeit angelangt sind oder waren. Neben dem bereits beschriebenen Hegemonieverfall in Lateinamerika, fand eine partielle Umorientierung staatlicher Eliten in Südostasien statt, die sich beispielsweise in

¹⁷ Die Kritik an dem mangelnden Einfluss der Regierungsvertreter der „Dritten Welt“ auf das Agenda-Setting wurde schon in Seattle formuliert.

verstärkter regionaler Kooperation verdeutlicht (Dieter 2003: 612-617). Gerade mit der Frage der Landwirtschaft sind existenzielle Problemstellungen für die Stabilität gesellschaftlicher Konfigurationen verknüpft. Alleine in Indien und China leben mehr als 1,5 Milliarden Bauern. Eine Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen würde zu einem chaotischen Urbanisierungsprozess führen.¹⁸

Die brasilianische Regierung übernimmt eine Koordinationsfunktion in der G20. Hiervon zeugen die 22 Auslandsreisen Lulas in 38 Länder im Jahr 2003, die Revitalisierung des MERCOSUR, der Abschluss verschiedener Freihandelsverträge mit unterentwickelten Nationen und die Gastgeberrolle Brasiliens für die Treffen der G20-Gruppe. Die strategische Orientierung der Lula-Administration sieht indes nicht vor, sich aus der WTO zurückzuziehen. Man will die WTO vielmehr als einen Aushandlungsplatz für eine gerechtere Welthandelsordnung nutzen (Mello 2004). Dies setzt allerdings ein verändertes Kräfteverhältnis in der internationalen Politik voraus. Diese strategische Ausrichtung der Regierung Lula könnte jedoch eine fortschreitende Bilateralisierung des Freihandelsregimes antreiben, was wiederum das Kräfteverhältnis zu Ungunsten der G20-Gruppe und der brasilianischen Regierung verschieben würde (Gratius 2003a: 17f.).

Doch die Position der brasilianischen Regierung ist von Ambivalenzen geprägt. Das weite, in sich widersprüchliche gesellschaftliche Bündnis, auf das sich Lulas Außenpolitik stützt, spiegelt sich in einzelnen Punkten in der außenpolitischen Agenda wieder. Die brasilianische NGO-Aktivistin Fátima V. Mello (2004: 49) formuliert ihre Kritik an zwei Punkten: „first, Brazil fails to prioritize the defense of family and peasant farming, and it was necessary for other countries, especially India, to raise the point as a priority for its domestic development [...] Second, Brazil has not even supported the initiative by seventy countries (led by Malaysia) to resist the inclusion of the new issues. At the end of the Minister's Meeting, Brazil agreed to separate the four Singapore issues and had signalled its agreement to negotiate at least one of them – trade facilitation – while signaling that it would not offer resistance if negotiations on government procurement were limited to issues of transparency”.

Eine Erklärung fällt leicht: Minister für Landwirtschaft ist Roberto Rodrigues, Chef des brasilianischen Agrobusinessverbandes, während der Ministerposten für die Entwicklung der Landwirtschaft mit Miguel Rossetto von einem Mitglied der linken Strömung Democracia

¹⁸ Für das Scheitern von Cancún mangelt es bisher an einer genaueren Untersuchung des Einflusses der Antiglobalisierungsbewegung auf das Agenda-Setting einzelner Regierungen. Es ist zu vermuten, dass in einzelnen Staaten der „Druck von unten“ für die Regierungsentscheidungen von hoher Bedeutung war.

Socialista der PT besetzt ist. In der Außenpolitik spiegeln sich demzufolge auch die Interessen der großen Agrarkonzerne Brasiliens wieder und es wird eine eindeutige Prioritätensetzung zugunsten der Belange der Kleinbauern vermieden. Das Interesse am Thema der Handelserleichterungen und der Regierungsaufträge lässt sich darauf zurückführen, dass der industrielle und landwirtschaftliche Exportsektor gestützt werden soll und ein Interesse an einer transparenten Ausschreibung von Staatsaufträgen in Lateinamerika herrscht.

5.3. Die ALCA – Scheitern oder Kompromiss?

Spätestens mit dem achten Treffen der amerikanischen Handelsminister in Miami vom 17-21.11.2003 wurde offensichtlich, dass sich die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den lateinamerikanischen Staaten im Verhandlungsprozess niederschlug. Die Folge dieses Prozesses war ein recht unübersichtliches Hin und Her zwischen verschiedenen Konzepten für eine „ALCA light“, dem ergebnislosen Abbruch von Tagungen und einer Fülle von informellen Treffen zwischen Regierungsvertretern der Hemisphäre. Die Grundlinie der Verhandlungen blieb klar. Die US-amerikanische Regierung hofft nach wie vor auf einen Teilerfolg in Bereichen wie der Liberalisierung des Dienstleistungsmarkts, während die Vertreter des MERCOSUR versuchen, die Verhandlungsebene der ALCA aufrechtzuerhalten, um eine Öffnung der Agrarmärkte zu erreichen. Gleichzeitig verzögern sie die Verhandlungen, um bilaterale Abkommen zwischen lateinamerikanischen Ländern und den USA vorzubeugen.

Den ersten wichtigen Schritt stellte der bereits erwähnte Beschluss von Februar 2003 dar, die ALCA-Verhandlungen von nun an nur noch als MERCOSUR-Block führen zu lassen. Des Weiteren erfolgte eine Demokratisierung der brasilianischen Verhandlungspolitik. Ab dem Treffen des Trade Negotiations Committee in Trinidad und Tobago waren auch Gewerkschafts- und NGO-Vertreter und Aktivisten der sozialen Bewegungen mit am Verhandlungstisch (Mello 2004: 48).

Das Treffen von Miami brachte in vielerlei Hinsicht eine weitreichende Veränderung des Verhandlungsstands. In einem informellen Treffen zwischen dem US-amerikanischen Handelsbeauftragten Robert Zoelick und dem brasilianischen Außenminister Celso Amorin entstand ein Entwurf eines Kompromissabkommens, der die Diskussionsgrundlage für die weiteren Verhandlungen bildete. Das Ergebnis war ein Papier, in dem eine Vielzahl der Themenkomplexe von der Agenda verschwand. Der Kompromiss deutet darauf hin, so der Journalist Nelson Soza

Montiel (2004), dass „die brasilianische Regierung akzeptiert, dass die Verhandlungen der Agrarsubventionen aus der Umgebung der ALCA ausgeschlossen und für die WTO reserviert werden – wie es Washington wollte –, während im Gegenzug die Zuständigkeit für die Verhandlungen über den Schutz geistiger Eigentumsrechte, öffentliche Ausschreibungen und ausländische Investitionen – auf die das Weiße Haus bestand – aus dem hemisphärenweiten Abkommen ausgeklammert wurden.“ Der neue Konsens konzentrierte sich nun auf „die Liberalisierung von Märkten und die Reduktion von Quoten und anderen Barrieren für Güter und Dienstleistungen.“ Die ALCA soll verschiedene Integrationsebenen enthalten: einen Basiskonsens, der bisher undefiniert bleibt, und einen Abschluss von bilateralen und regionalen Abkommen zwischen Staaten, die eine vertiefte Integration wünschen. Kurzum, alle Staaten können von ihnen als sensibel erachtete Themen ausklammern. Das Projekt eines „single undertaking“ fällt unter den Tisch. Ergebnis ist eine unverbindliche „ALCA light“ – eine ALCA der verschiedenen Geschwindigkeiten.

Ein „Special Summit of the Americas“ in Monterrey vom 12.-13.1.2004 führte zu keiner Einigung. In der Abschlusserklärung des Special Summit of the Americas (2004) wird nicht einmal mehr ein Stichtag für das Inkrafttreten ALCA genannt, es soll allerdings eine vierter Summit of the Americas im Jahr 2005 in Argentinien abgehalten werden. Dem Wunsch der US-Vertreter, eine Ausschlussklausel für „korrupte Regierungen“ zu implementieren, wurde nicht stattgegeben. Eine besondere Spitzfindigkeit stellt eine Sonderklausel der venezolanischen Regierung dar, in der auf die „profound differences regarding the concept and philosophy of the proposed model“ (Special Summit of the Americas 2004: 13) hingewiesen wird.

Weitere Versuche durch die US-Regierung, den ALCA-Prozess zu revitalisieren, scheiterten. In einem informellen Treffen vom 9. bis 11. März 2004 in Buenos Aires präsentierte ein neu konstituierter Verhandlungsblock (USA, Kanada, Mexiko, Chile und Costa Rica) den um Bolivien und Venezuela erweiterten MERCOSUR-Kernländern ein verändertes Konzept. Die Versammlung endete jedoch wieder ergebnislos, obwohl Zugeständnisse bei der Öffnung des US-Marktes für Agrarprodukte — im Austausch gegen eine Öffnung des MERCOSUR-Marktes für Dienstleistungen — angeboten wurden.

Die Reaktion des dritten EHLCA vom 26. bis 30. Januar auf das Projekt einer „ALCA – light“ blieb verhalten. In der von über 1200 Delegierten verabschiedeten Abschlusserklärung heißt es: „Obwohl das Gespenst von Cancún auch in dem Ministertreffen der ALCA in Miami präsent

war und die Widersprüche mit einigen Regierungen es notwendig machten, dass der Originalvorschlag der ALCA modifiziert wurde, haben die Vereinigten Staaten es erreicht, das Essentielle ihres Projektes durch einen Wechsel der Verpackung zu retten“ (Encuentro Hemisférico de Lucha contra el ALCA 2004). Das EHLCA beschloss daher einen neuen Aktionsplan, der die Fortsetzung und Zuspitzung der Aktivitäten und ein weiteres Treffen im April 2005 in Havanna vorsieht.

5.4. Der MERCOSUR

5.4.1. Entstehungsgeschichte des MERCOSUR

Die Verhandlungen um die ALCA sind in ein Netzwerk aus bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen eingebettet, die diese maßgeblich beeinflussen. Seitdem die Regierung Bush das Fast-Track-Mandat für die Aushandlungen von Freihandelsabkommen erhielt, wurde zunächst ein Abkommen mit Chile (2003) geschlossen. Die Verhandlungen mit einem Block aus Ecuador, Peru und Kolumbien über eine Freihandelszone haben begonnen und das Abkommen mit den Regierungen von Honduras, el Salvador, Guatemala, Nicaragua und Costa Rica über die CAFTA (Central American Free Trade Area) wurde bereits unterzeichnet und tritt am 1.1.2005 in Kraft.

Die Bilateralisierung des Freihandelsregimes setzt andere lateinamerikanische Regierungen zunehmend unter Druck, da handelsumleitende Effekte ihre Exportindustrie schädigen. Doch umgekehrt existieren neben der NAFTA zwei Freihandelsverbünde, an denen sich lediglich (semi-)periphere Staaten beteiligen. Der 1969 initiierte Andenpakt (Comunidad Andina) umfasst Venezuela, Kolumbien, Peru, Bolivien und Ecuador. Das Abkommen hat jedoch bisher eine wenig dynamische Entwicklung eingeleitet und lediglich den Status einer unvollständigen Freihandelszone erreicht. Die starken Differenzen in vielen Sachfragen zwischen den venezolanischen und kolumbianischen Regierungen und das ohnehin recht geringfügige ökonomische Gewicht der Länder haben bisher dazu geführt, dass der Block sich nicht als eigenständiger Akteur auf der internationalen Bühne konstituieren konnte.

Ein sehr viel größeres Gewicht besitzt hingegen das MERCOSUR-Abkommen. An dem Abkommen sind neben den vier Kernländern Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay die

Nachbarländer Bolivien und Chile als assoziierte Mitglieder beteiligt. Peru ist mittels eines bilateralen Abkommens an den Block angebunden. Die Aufnahme Venezuelas als vollwertiges Mitglied wird geprüft. Bei der Bewertung des MERCOSUR-Abkommens müssen drei Dimensionen beachtet werden: Erstens der ursprüngliche Charakter des Abkommens als ein offener Regionalismus und die Krise dieses Modells, zweitens das Spannungsfeld aus US-amerikanischen und europäischen Interessen, in denen der Verbund platziert ist und von denen er beeinflusst wird und drittens die Revitalisierung des MERCOSUR durch die neue argentinisch-brasilianische Achse, die eine Vertiefung und Rekonfiguration des Blocks in Angriff nimmt.

Bei vielen Interpretationen des MERCOSUR-Abkommens wird übersehen, dass dieses als ein Bestandteil der Errichtung des neoliberalen Disziplinarregimes fungierte (affirmativ: Carranza 2000). Das am 26. März 1991 zwischen argentinischen, brasilianischen, uruguayischen und paraguayischen Vertretern unterschriebene Abkommen leitete jedoch die Hochphase der neoliberalen Hegemonie im Cono Sur mit ein. Der MERCOSUR war ein Versuch, einen größeren Markt zu konstruieren, um einen attraktiveren Standort für ausländische Investitionen anzubieten, während zeitgleich die Währungen Argentiniens, Brasiliens und Uruguays an den Dollar gekoppelt und die externen Zölle gesenkt wurden (Malcher 2004: 251-262). Zugleich schritt die Binnenintegration voran. Zum Jahresbeginn 1995 deckte der MERCOSUR ungefähr 95 Prozent der intraregionalen Exporte ab und war eine unvollständige Zollunion, deren externe Zölle ungefähr 85 Prozent des Güterhandels des Blocks mit Drittländern beeinträchtigten. Im Jahr 1996 wurde das Bündnis durch die Aufnahme Boliviens und Chiles als assoziierte Mitglieder erweitert.

Die Brasilienkrise 1998/99 führte zur Krise des Freihandelsverbundes. Durch die Abwertung des Real wurde der argentinische Markt mit billigen brasilianischen Exporten überschwemmt, was zu einer partiellen Deindustrialisierung in Argentinien führte und den Ausbruch der Finanzkrise 2001/2002 begünstigte. Die Folge der Schockereignisse war ein Zusammenbruch des intraregionalen Handels, der sich im Fall des Regionalisierungsgrads der Exporte von 25% im Jahr 1998 auf 11% im Jahr 2003 widerspiegelt (Gratius 2003b: 33).

5.4.2. Der MERCOSUR im transatlantischen Spannungsfeld

Der MERCOSUR-Raum befand sich seit dem Beginn seiner Existenz in einem doppelten Spannungsfeld. Zum einen bestanden die für einen offenen Regionalismus typischen Konfliktlinien

zwischen einer Außenorientierung und der Verstärkung von Handels- und Investitionsverkehr innerhalb der Freihandelszone. Zum Verständnis dieses Widerspruchs ist ein Blick auf den Charakter der Bourgeoisie des MERCOSUR-Raum von Nöten. Selbst in Brasilien – das mit einer diversifizierten Produktionsstruktur ausgestattet ist – fällt auf, dass es nicht sinnvoll ist, von einer unabhängigen „nationalen Bourgeoisie“ zu sprechen. Vielmehr existierte bis zur Hochphase des Neoliberalismus eine „Tripé“ (Novy 2001:105) aus nationalem, staatlichem und ausländischem Kapital, die reproduziert wurde und den Charakter der brasilianischen Bourgeoisie prägte. Es ist deswegen angebracht, Poulantzas Konzept (2001: 52f) einer „inneren Bourgeoisie“ aufzugreifen. Diese verfügt zwar über eine „eigene ökonomische Grundlage und Akkumulationsbasis“, aber infolge einer starken Verflechtung mit ausländischen Unternehmen kommt es dennoch zur „Auflösung ihrer politisch-ideologischen Autonomie“. Das eigentlich für Europa entwickelte Konzept ist auf Brasilien übertragbar, da im Gefolge der peripheren Industrialisierung auch „Kerne innerer Bourgeoisien“ in den NICS entstehen. Die innere Bourgeoisie besitzt ein hohes Interesse an der grenzüberschreitenden Vergrößerung von Märkten und an wachsenden Außenhandelsverknüpfungen, das je nach Situation verschieden gewichtet ist. Zentral an dieser Konzeption sind die Implikationen für die Betrachtung des zweiten konfliktiven Spannungsfeldes zwischen transnationalen Akteuren US-amerikanischer Herkunft auf der einen und transnationalen Akteuren europäischer Herkunft auf der anderen Seite. Im MERCOSUR-Gebiet existieren „europäische“ und „US-amerikanische“ innere Bourgeoisien. Interessanterweise sind die Handelsverknüpfungen und Direktinvestitionen zwischen dem MERCOSUR und Europa größer als zwischen den USA und dem MERCOSUR (Berriel Diaz/ Malcher 2001: 41). Gleichzeitig existiert auf beiden Seiten das Interesse, die Integration mit dem MERCOSUR zu vertiefen. Dies mündet in einen sehr widersprüchlichen Prozess, da die „US-amerikanische innere Bourgeoisie“ versucht, den Abschluss der ALCA voranzutreiben und ein Gegenabkommen zu verhindern, und die „europäische innere Bourgeoisie“ auf ein Freihandelsabkommen zwischen dem MERCOSUR und der EU setzt und die ALCA als Angriff auf ihre Position wahrnimmt. Die Folge ist ein Konkurrenzkampf zwischen beiden Blöcken (Malcher 2004: 474-481), in dem die Regierungen des MERCOSUR agieren müssen.

Um die Argumentationsstruktur nicht unnötig zu überfrachten, blieben die Verhandlungen zu dem EU-MERCOSUR-Assoziierungsabkommen bisher unterbelichtet. Für ein Verständnis der Handlungsoptionen der neuen Achse Buenos Aires-Brasília und einer stichhaltigen Prognose zur Weiterentwicklung des Bündnisses ist das Abkommen jedoch von großer Bedeutung. Deswegen

abschließend eine kurze Darstellung des Prozesses: Als Reaktion auf das ALCA-Projekt initiierte die EU-Kommission einen Verhandlungsprozess mit dem MERCOSUR, um die zentrale Stellung der europäisch orientierten transnationalen Kapitale auf dem Markt des MERCOSUR zu verteidigen (Malcher 2004: 414-432). Nach einer kurzen Phase der Annäherung begannen Ende 1999 die Verhandlungen, für die die EU-Kommission im Juli 1998 ein Verhandlungsmandat von den Mitgliedsländern erhielt. Das Vertragswerk soll im Oktober 2004 unterzeichnet werden. Die vorgesehenen Inhalte des Abkommens und die dem Verhandlungsprozess inhärenten Konfliktlinien waren zunächst mit denen der ALCA vergleichbar. Die Europäer drängten auf eine Übernahme des gescheiterten MAI, die Liberalisierung des Dienstleistungsmarkts, eine vereinfachte Vergabe von Regierungsaufträgen und Handelserleichterungen. Die Vertreter des MERCOSUR sperrten sich gegen eine Liberalisierung des Investitionsverkehrs und forderten, die hohen Agrarsubventionen der EU zu senken, was sich zum Hauptkonfliktpunkt der Verhandlungen entwickelt hatte (Torelli 2003: 1).

Die Positionen der EU-Verhandlungsdelegation sind jedoch von internen Zwängen, Entwicklungsblockaden und den zentralen Projekten in der EU geprägt. Zum einen existieren unterschiedliche Interessen auf nationaler Ebene. Während die Regierungen Spaniens und Deutschlands infolge hoher Investitionen in der Region ein großes Interesse am Abkommen haben, verhalten sich die von der heimischen Agrarlobby beeinflussten Vertreter Frankreichs, Griechenlands und Irlands eher reserviert. Zum anderen besitzt das Projekt der Osterweiterung absolute Priorität. Im Rahmen des Prozesses existiert ebenfalls mit dem MEBF (MERCOSUR European Business Forum) ein Eliten-Forum, das konzeptionell in die Aushandlungen interveniert (Torreli 2003).

Dennoch bestehen drei fundamentale Unterschiede zwischen dem ALCA- und dem MERCOSUR-EU-Verhandlungsprozess. Zum einen wird der MERCOSUR von den europäischen Eliten als Brückenkopf für ihren Einfluss in Lateinamerika wahrgenommen und nicht wie von den US-Eliten als ein potentiell Hindernis für die panamerikanische Integration. Zweitens beginnt erst jetzt ein langsamer Konstruktionsprozess von sozialen Bewegungen, die das Thema EU-MERCOSUR auf die politische Tagesordnung setzen, da dem Abkommen zunächst ein wesentlich geringerer Stellenwert zugewiesen wurde. In Lateinamerika herrscht die Ansicht vor, dass der „Euro-Kapitalismus“ (Beckmann u.a. 2004) wesentlich sozialer orientiert ist als das US-amerikanische Modell und eine unmittelbare Gefahr der „Rekolonialisierung“ Lateinamerikas (Nader 2001: 177-187) durch die Vereinigten Staaten bestehe. Die EU-Vertreter pflegen dieses

Image mittels kleinerer Koordinationsprojekte (Malcher 2004: 433f) und einem weniger aggressiven Verhandlungsstil. Außerdem wird oft auf den politischen Charakter des Assoziierungsabkommens hingewiesen. Die EU-Kommission will dem MERCOSUR eine Hilfestellung bei der fortschreitenden Integration leisten und man plant eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der beiden Blöcke.

Die Verhandlungsdynamik seit dem April 2004 deutete zunächst auf den Abschluss eines Vorabkommens hin. Die EU-Vertreter setzten auf geringfügige Zugeständnisse im Agrarbereich und die Regierungen des MERCOSUR beabsichtigten, den Telekommunikationssektor und den Zugang für ausländische Banken auf den Inlandsmarkt zu liberalisieren (Mancini 2004). Das abgespeckte Abkommen sollte den ersten Schritt in einem „two step approach“ darstellen und die brasilianische und argentinische Regierung wollten das Abkommen nutzen, um sich gegen den US-Einfluss in der Region zu stemmen. Im dritten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs Lateinamerikas, der Karibik und der Europäischen Union in Guadalajara am 28. und 29.5.04 gelang jedoch kein entscheidender Durchbruch, was die Schlussfolgerung nahe legt, dass auch das EU-MERCOSUR-Assoziierungsabkommen vorerst gescheitert ist. Nun droht eine weitere Bilateralisierung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und Lateinamerika. Freihandelsabkommen der EU mit Mexiko (2002) und Chile (2003) existieren bereits.

5.4.3. Die Rekonfiguration des MERCOSUR

Nach der Argentinienkrise zeigte sich, dass neue Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme der Integrationsbemühungen im Cono Sur bestehen. Obwohl Lulas Vorgängerregierung unter Cardoso schon im Januar 2002 auf einer eilig einberufenen MERCOSUR-Konferenz den Plan der Revitalisierung des Projektes auf die Tagesordnung setzte, kann von einer echten Wiederbelebung erst seit der Amtsübernahme der Regierung Lula in Brasilien zu Beginn des Jahres 2003 und der Regierung Kirchner in Argentinien im Mai 2003 gesprochen werden. Nach der Wahl des ehemaligen brasilianischen Gewerkschaftsführers vereinbarte der scheidende Präsident Cardoso mit seinen Amtskollegen auf dem MERCOSUR-Gipfel die Umwandlung des Verwaltungssekretariats in Montevideo in ein technisches Sekretariat. Hiermit war die Voraussetzung für den Ausbau der fragilen supranationalen Organisationen des Freihandelsblocks erfüllt.

Beim ersten Treffen des neuen brasilianischen Präsidenten mit dem argentinischen Übergangspräsidenten Eduardo Duhalde richtete man mit dem Instituto Monetario del MERCOSUR eine Institution für eine gemeinsame Währung ein. Die Währungseinführung steht seitdem auf der politischen Tagesordnung.¹⁹ Im Februar folgte der Beschluss zur Konstitution eines gemeinsamen Handelsblocks für die ALCA- und die MERCOSUR-EU-Verhandlungen. Bei einem Treffen am 11. Juni 2003 zwischen dem argentinischen und brasilianischen Staatsoberhaupt bestätigte der neu gewählte Nestór Kirchner diese Absicht. Seitdem schreitet die Vertiefung des Projektes noch schneller voran. Am folgenden Tag fand ein weiterer Gipfel des MERCOSUR in Asunción statt, auf dem ein ambitionierter 31-Punkte-Plan von Kirchner und Lula präsentiert wurde, in dem unter anderem der gemeinsame Außenzoll auf die einstmals beschlossenen 12,5 % angeglichen werden soll, was eine Zollerhöhung in Argentinien nach sich zog (Malcher 2004: 321).

Den Durchbruch bildete das 25. MERCOSUR-Gipfeltreffen am 26. Dezember 2003 in Montevideo. Es wurde mit der Comisión de Representantes Permanentes del MERCOSUR eine Kommission von permanenten Repräsentanten bestimmt, deren Arbeitsweise der der EU-Kommission gleicht. Mit dem ehemaligen Präsidenten Eduardo Duhalde wurde ein Präsident für die Kommission bestimmt, der den MERCOSUR von nun an nach außen vertritt (Woitschnik: 85-89). Des Weiteren ratifizierte Brasilien am 14. Oktober als letzter Mitgliedstaat das Protokoll von Olivios, mit dem ein fester Gerichtshof geschaffen wird, der die Rechtsprechung im MERCOSUR-Raum anpassen soll (ebd.: 90f).

Weitere Pläne bestehen in der Schaffung eines Parlaments, was bisher jedoch an dem Widerstand der uruguayischen Regierung scheiterte. Ein Wahlsieg der Frente Amplio im Winter 2004 könnte dieses Projekt auf die politische Tagesordnung setzen. Darüber hinaus besteht ein Konsens über die Schaffung von Strukturfonds für unterentwickelte Regionen und die Absicht, langfristig eine gemeinsame Währung einzuführen.

Die beschleunigte Integration des MERCOSUR bildet das zentrale außenpolitische Projekt der Regierungen Lula und Kirchner. Die Zielsetzung besteht darin, einen „sozialen MERCOSUR“ zu konstruieren, der das Konzept des neuen offenen Regionalismus verwirft und sich durch die Übernahme von supranationalen Elementen der EU auszeichnen wird. Die institutionelle Basis wurde erweitert, nach dem absehbaren Wahlsieg der Frente Amplio in Uruguay dürfte ein

¹⁹ Das Vorhaben wurde durch die Abwertung des argentinischen Peso ermöglicht. Mit der Währungsabwertung näherte sich das Wechselkursverhältnis zwischen dem Peso und dem brasilianischen Real einem realistischen Niveau.

allgemeiner politischer Konsens für das Projekt bestehen. Dennoch existieren strukturelle Blockaden. Einige Elemente des „Neuen Konstitutionalismus“ in dem Ursprungsabkommen des MERCOSUR müssten entfernt werden (Malcher 2004: 316-320). Zudem ist das Bündnis einem starken externen Druck ausgesetzt, was die Möglichkeiten zur Umgestaltung des Handelsblocks begrenzt.

6. Schlussfolgerung

Der Hegemonieverfall neoliberaler Politikkonzepte in Lateinamerika macht sich mittlerweile in einer veränderten Außenpolitik der argentinischen, brasilianischen und venezolanischen Regierung bemerkbar. Der ALCA-Prozess ist auf der Kippe, es gibt Bestrebungen den MERCOSUR als südamerikanischen Block zu revitalisieren. Mit der G20-Gruppe wurden Gehversuche unternommen, ein globales Bündnis von Schwellenländern aufzubauen. Es geht den neuen Regierungen bisher primär darum, Prozesse der Verfestigung von neuen neoliberalen Disziplinarregimes auf der globalen und regionalen Ebene aufzuhalten. Die ALCA besitzt dabei eine zentrale Bedeutung, da mit ihr ein besonders rigides Regime verankert würde. Die Chancen für die Verhinderung des Prozesses stehen dabei denkbar gut. Der in Miami diskutierte Vertragsentwurf einer „ALCA light“ klammert die sensibelsten Themen der Marktverfassung aus, Vermittlungsversuche scheiterten. Der Druck der transnationalen Bewegung gegen das Projekt hält unvermindert an. Der dritte EHLCA kündigte die Fortsetzung des Widerstands an, erst jüngst sammelte man im Rahmen der argentinischen Kampagne mehr als zwei Millionen Unterschriften gegen das Projekt. Dennoch ist es fraglich, ob der alternative außenpolitische Kurs andauern wird. Die neuen Mitte-Links-Regierungen sind einem doppelten Druck ausgesetzt.

Zum einen bleibt der anhaltende Druck auf internationaler Ebene bestehen. Die bestehenden Machtstrukturen bleiben verankert und sind schwer antastbar, die Reaktion der Regierungen in den Zentren der Weltordnung könnte den Widerstand im Keim ersticken. Tragfähig können diese Pläne nur werden, wenn eine neue gegenhegemoniale „Dritte-Welt-Koalition“ aufgebaut wird. Eine solche Variante bestünde Robert Cox (1998: 67) zufolge in der „Herausbildung einer Gegenhegemonie, die sich auf eine Dritte-Welt-Koalition stützt und sich gegen die Dominanz der Länder des Zentrums richtet. Sie würde darauf abzielen, dass sich die peripheren Länder autonom entwickeln und die Zentrum-Peripherie-Beziehungen beendet werden. Eine Gegenhegemonie

müsste aus einer kohärenten Perspektive einer alternativen Weltordnung bestehen, und von einer Machtkonzentration gestützt werden, die ausreicht, um die Länder des Zentrums herauszufordern.“

Ein umstrukturierter MERCOSUR könnte auf lateinamerikanischer Ebene ein solches Bündnis darstellen, doch die Handlungsspielräume sind infolge der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Kernländern eingengt, überdies üben sowohl die Regierungen der USA und der EU mittels bilateraler Freihandelsabkommen und auch die transnationalen Unternehmen enormen Einfluss auf das Bündnis aus. Ähnliche Probleme stellen sich auf der globalen Ebene, wo die Konstruktion der G20-Gruppe eine wichtige Allianz für alternative Politikkonzepte bieten könnte. Innerhalb dieses heterogenen Bündnisses existieren jedoch unterschiedliche politische Zielsetzungen. Die Wirtschaftsstruktur der Länder ist meist nicht komplementär und auch hier wird massiver Druck von den Zentren ausgeübt. Die G-20 ist mittlerweile auf 17 Mitgliedsstaaten zusammenschmolzen und zwischenzeitlich schien eine Annäherung an die eher agrarexportorientierte Cairns-Gruppe stattzufinden. Zusammengefasst: Grundzüge von Gegenhegemonie können nur gelingen, wenn die Handelsbedingungen zwischen Peripherie und Zentrum verändert werden, Wirtschaftsbeziehungen zwischen unterentwickelten Nationen komplementär gestaltet und Wirtschaftskreisläufe in die Peripherie verlagert werden und somit Teile der Kapitalakkumulation ein Stück weit endogenisiert werden.

Zum anderen stützen sich die lateinamerikanischen Regierungen auf fragile Klassenallianzen, deren Hegemoniefähigkeit bzw. Reproduktionsfähigkeit noch nicht vollends abgesichert ist. In Argentinien und Brasilien besteht die Gefahr, dass durch eine stärkere Umverteilung zu Gunsten der Armen eine „Venezolanisierung der politischen Verhältnisse“ – eine immer heftigere innergesellschaftliche Auseinandersetzung – stattfindet und die Regierungen abdanken müssen. Darüber hinaus ist es möglich, dass sich die Mitte-Links Regierungen infolge des Drucks von außen und innen auf einen sozialliberalen Kurs festlegen, der die neoliberale Hegemonie reproduziert und alternative Politikansätze über Bord wirft.

So bleibt eines gewiss: Wenn sich der Protest der sozialen Bewegungen nicht innerhalb der Peripherie ausweitet und auch verstärkt den Weg in die Zentren findet und wenn nicht noch mehr Staatsapparate im Sinne der subalternen Klassen besetzt werden, dann besteht die Möglichkeit, dass die Linkswende in Lateinamerika eine Eintagsfliege bleibt und schließlich auch das ALCA-Projekt in seinem ursprüngliche Gewand re-initiiert wird.

7. Literatur

- Aglietta, Michel (1987): *A Theory of Capitalist Regulation. The US-Experience*, London.
- Alianza Social Continental (2002): *Alternatives for the Americas*, o.O.
- Alnasseri, Sabah (2004): *Periphere Regulation. Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum*, Münster.
- Álvarez, Jairo Estrada (Hrsg.) (2002): *El Plan Colombia y la intensificación de la guerra. Aspectos globales y locales*, Bogotá.
- Amorin, Celso (2003): "A Alca possível", in: *Folha de São Paulo* vom 8.7.2003.
- Anderson, Sarah (2002): *México e Estados Unidos: sete anos sob o Nafta*, in: *Solidarity Center: NAFTA. Falsas Promessas*, São Paulo, 51-55
- Apeldoorn, Bastian van (2000): *Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists*, in: Bieling, Hans Jürgen/ Steinhilber, Jochen: *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster, 102-130.
- Apeldoorn, Bastian van/ Overbeek, Henk/ Ryner, Magnus (2003): *Theories of European Integration. A Critique*, in: Cafruny, Alan W./ Ryner, Magnus: *A Ruined Fortress? Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe*, Lanham.
- Arrighi, Giovanni (2003): *Tracking Global Turbulence*, in: *New Left Review* March/April 2003, 5-73.
- Barlow, Maude (2001): *A ALCA e a Ameaça aos Programas Sociais, à Sustentabilidade Ambiental e à Justiça Social nas Américas*, in: Emir Sader (Hrsg.) (2001): *ALCA – Integração soberana ou subordinada*, São Paulo, 11-54.
- Becker, Joachim (2003): *Crisis financieras en los noventa: Argentina, Brasil y Uruguay en comparación*, Vortrag bei der III Jornadas de Historia Económica in Montevideo, 9-11. Juli 2003.
- Beckmann, Martin/ Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (Hrsg.) (2004): *„Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie*, Hamburg.
- Berriel-Diaz, Alvaro/ Malcher, Ingo (2001): *FTAA - Auf dem Weg zu einer Marktverfassung in den Amerikas. Die Pläne für eine gesamtamerikanische Freihandelszone*, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* Nr. 46, 35-46.
- Bieling, Hans Jürgen/ Steinhilber, Jochen (2002): *Finanzmarktintegration und Corporate Governance in der Europäischen Union*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 1/2002, 39-74.

- Bieling, Hans Jürgen/ Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der Europäischen Integration., in: dies: Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster, 102-130.
- Boris, Dieter (2001): Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts, Hamburg.
- Boris, Dieter (2003): Die Transformation in Brasilien, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2003.
- Boris, Dieter/ Sterr, Albert (2002): FOXtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus, Köln.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft., Frankfurt a.M.
- Campanha Nacional contra a ALCA (2002): Soberania sim, ALCA não, Análises e documentos, São Paulo.
- Caicedo, Daniel Libreros (2001): Nuevo modelo de dominación colonial, in: Álvarez, Jairo Estrada (Hrsg.): Plan Colombia. Ensayos críticos, Bogotá, 93-106.
- Carranza, Mario Esteban (2000): South American Free Trade or Free Trade Area of the Americas? Open regionalism and the future of regional economic integration in South America", Aldershot.
- Comité de Movilización contra la ALCA en Argentina (2002): 10 razones para decirle no al ALCA, in: Fundación para la Investigación de la Cultura (Hrsg.): El ALCA: "el mercado libre" más grande del mundo, Bogotá, 141-146.
- Cox, Robert W. (1998): Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen: Jenseits der Theorie Internationaler Beziehungen, in: ders.: Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“, Studie der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaft Nr. 11, Marburg
- De Oliveira, Francisco (2003): São Paulo als „Lackmustest“ der Partizipativen Haushaltsführung, in: Utopie kreativ, Heft 158, Dezember 2003, 1117-1126.
- Deppe, Frank (2003): Politisches Denken zwischen den Weltkriegen, Hamburg.
- Dieter, Heribert (2003): Die Demontage des multilateralen Wirtschaftsordnung durch die Dritte Welle des Regionalismus, in: Prokla. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, Nr.133.
- Dombois, Rainer/ Pries, Ludger (1999): Neue Arbeitsregimes im Transformationsprozess Lateinamerikas. Arbeitsbeziehungen zwischen Markt und Staat, Münster.
- Editors of Foreign Affairs (2004): Editorial, Foreign Affairs January/February 2004.

Encuentro Hemisférico de Lucha contra el ALCA (2004): Declaración final del III Encuentro de Lucha contra el ALCA, in:

http://www.alcaabajo.cu/sitio/evento/tercer/textos/declaración_final_290104.htm

Faux, Jeff (2002): Sete anos de NAFTA – Seu impacto sobre os trabalhadores no Canadá, Estados e México., in: Solidarity Center: NAFTA. Falsas Promessas, São Paulo, 15-18

Foro Empresarial de las Américas (2001): Guía para orientar las presentaciones de trabajo del VI Foro y su relación con el proceso de integración del alca en marcha a través de los grupos de negociación, in: <http://www.vi-fema-abf.org.ar/instru.html>

First Summit of the Americas (1994a): Plan of Action, December 19-11, in: http://ftaa-alca.org/ministerials/miami_e.asp

First Summit of the Americas (1994b): Declaration of Miami, December 19-11, in: http://ftaa-alca.org/ministerials/miami_e.asp

Frank, Andre Gunder (1975): Die Entwicklung der Unterentwicklung, in: Ders./Stavenhagen, u.a.: Lateinamerika: Entwicklung und Unterentwicklung, Berlin, 28-43.

Fritsch, Eduard (2001): Operation Quebec Frühjahr 2001, in: *ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika*, Nr. 243, März 2001.

Fritz, Barbara (2000): Stabilisierung und Destabilisierung. Währungskrisen als Kehrseite des Modells wechsellkursbasierter Entwicklung – der Fall Brasilien, in Boris Dieter/ Berriel-Diaz, Alvaro/ Eicker-Wolff, Kai/ Käpernick, Ralf/ Limbers, Jan: Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert. Probleme der Peripherie oder globale Gefahr?, 253-288.

Gamble, Andrew/ Payne, Anthony (1996): Introduction: The Political Economy of Regionalism and World Order, in: Gamble, Andrew/ Payne, Anthony (2002): *Regionalism and World Order*, New York, 1-20.

Genro, Tarso (2003): Kein Bruch! Ein Übergang, in: *Freitag*, 23/2003.

Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimension einer kritischen Integrationstheorie*, Münster, 23-50.

Gill, Stephen (2003): *Power and Resistance in the World Order*, New York.

Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance*. New York.

Gratius, Susanne (2003a): *Sackgasse ALCA? Das amerikanische Freihandelsprojekt zwischen Bilateralismus und Monroe-Doktrin*, SWP Studie, Berlin.

- Gratius, Susanne (2003b): Neue Impulse für den MERCOSUR. Der Faktor Lula, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr.4/2003, S.33-39.
- Hart, Klaus (2004): Antiökologische Tauschangebote, in: ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, Nr. 272, Februar 2004, 15-17.
- Harvey, David (2003a): The New Imperialism, New York.
- Harvey, David (2003b): Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2003.
- Haug, Wolfgang Fritz (1999): Politisch richtig oder Richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus, Berlin/Hamburg.
- Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (2004): Eine soziale Infrastruktur ist notwendig, in: http://www.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_infrastruktur.html
- Hobsbawm, Eric (2000): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts., München.
- Huffschmid, Jörg (1999): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg
- Jessop, Bob (2001) Die Globalisierung des Kapitals und die Zukunft des Nationalstaats, in: Hirsch, Joachim/ u.a.: Die Zukunft des Staates, Hamburg.
- Kröhne, Günther (2003): Argentinien: Auf falschem Weg, in: Dresdner Bank Lateinamerika AG: Perspektiven Lateinamerika, Dezember 2003.
- Lee, Ho-Geun (2000): Die Europäische Sozialpolitik im System der Mehrebenenregulation. Vom nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum „europäischen schumpeterianischen Leistungsregime“, Studie Nr. 14 der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Marburg.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff „Regulation“, in: Prokla Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Nr. 58, März 1985.
- Lipietz, Alain (1986): New tendencies in the international division of labour: regimes of accumulation and modes of regulation, in: Scott, Allen J./ Storper, Michael: Production, Work, Territory, London, 16-39.
- Malcher, Ingo (2004): Krise, Integration, Hegemonie und Zwang. Der MERCOSUR: Ein peripherer Regionalblock in der neoliberalen Globalisierung. Brückenkopf des freien Marktes oder Möglichkeit zur Schaffung einer politökonomischen Alternative in Lateinamerika?,

Inauguraldissertation am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg, Marburg.

Mancini, Claudia (2004): Bloco oferecerá "Gatt plus" para a União Européia, in: Gazeta Mercantil vom 6.4.2004.

Mandel, Ernest (1972): Der Spätkapitalismus, Frankfurt/M.

Marx Carrasco Vicuña, Carlos (2001): Dolarización: Un camino de espinas y espejismos, Cuenca.

Mello, Fátima V. (2004): Cancún Points the Direction of Lula's Foreign Policy, in: Global Issue Papers, No.6, Februar 2004, 46-52.

Mercadante, Aloizio (2003): Além da Alca, in: Folha de São Paulo vom 29.6.2003.

Negotiation-Groups of the FTAA (2001): First Draft Agreement, in: http://www.ftaa-alca.org/ftaadrafts_e.asp

Moravcsik, Andrew (1998): The choice for Europe: Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht, London.

Nader, Valéria (2001): A ALCA leverá ao neocolonialismo, in: Emir Sader (Hrsg.): ALCA: Integração soberana ou subordinada?, 177-187.

Novy, Andreas (2001): Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes, Wien.

Panitch, Leo/ Gindin, Sam (2003): Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus, in: Beckmann, Martin/ Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (Hrsg.): „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie, Hamburg, 113-143.

Pauly, Christoph, u.a. (2002): Kassieren und Abhauen, in: Der Spiegel Nr. 42, 94-106.

Payne, Anthony (1996): The United States and its Enterprise for the Americas, in: Gamble, in: Gamble, Andrew/ Payne, Anthony (2002): Regionalism and World Order, New York, 93-129.

Poulantzas, Nicos (2001): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat, in: Hirsch, Joachim, u.a. (2001): Die Zukunft des Staates, Hamburg.

Ricupero, Rubens (2003): A ALCA, São Paulo.

Risse, Thomas (1998): To Euro or not to Euro: The EMU and Identity Politics in the European Union, ARENA Working Paper 98/1.

Rosamond, Ben (2000): Theories of European Integration, Hampshire/ New York.

Schmalz, Stefan (2002): Aló Presidente!, in: Freitag 51/2002., 1.

Schmalz, Stefan (2003): Der kolumbianische Sonderweg. Zur Anatomie eines Bürgerkriegs, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr.55, September 2003, 120-132.

- Schmitter, P.C. (1971): A Revised Theory of European Integration, in: Lindberg L.N., Scheingold S.A. (Hrsg.): Regional Integration: Theory and Research, Cambridge.
- Sklair, Leslie (1997): Social Movements for global capitalism: the transnational capitalist class in action, in: Review of International Political Economy, Autumm 1997, 514-538.
- Soza Montiel, Nelson (2004): Estructura y alcances de la Cumbre de Miami, in: http://www.alcaabajo.cu/sitio/que_es_es_alca/articulos/estructura_y_alcances101103.htm
- Torelli, Claudia (2003): MERCOSUR for sale? The EU's FTAA and the need to oppose it, in: Corporate Europe Observatory (CEO) & Transitional Institute (TNI) Info Brief, August 2003.
- Van der Pijl, Kees (1999): Transnational Classes and International Relations, London/ New York.
- Wallerstein, Immanuel (1986): Das moderne Weltsystem, 3.Bde., Frankfurt a.M.
- Williamson, John (1990): What Washington means by Policy Reform, in: <http://www.iie.com/publications/papers/williamson1102-2.htm>.
- Woitschnik, Jan (2004): Institutionelle Konsolidierung im MERCOSUR: neuer Präsident, neues Gericht, neues Sekretariat, in: KAS/ Auslandsinformation 1/2004, 82-96.
- Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit, Münster.
- Zeller, Christian (Hrsg.) (2004): Die globale Enteignungsökonomie, Münster.

FEG-Studien

- Nr. 1:** Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, (September 1992) UKB 20 DM (vergriffen)
- Nr. 2:** Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe, (September 1993) UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 3:** Eva Lavon, Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften?, (Juni 1994) UKB 20 DM (vergriffen)
- Nr. 4:** Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, (August 1994) UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 5:** Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Mit Beiträgen von Bob Jessop, Ingeborg Tömmel, Bernd Röttger, Anja Bultemeier/Frank Deppe, Thorsten Schulten, Nikos Kotzias und Hans-Jürgen Bieling, (April 1995) UKB 12,50 EURO
- Nr. 6:** Robin Jacobitz, Der Niedergang institutionalisierter Kooperation. Die Auswirkungen von Machtveränderungen zwischen den USA, Japan und Deutschland 1945 bis 1990 auf das GATT- und das IWF-Regime, (Juli 1995) UKB 15 EURO
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, (November 1995) UKB 40 DM (vergriffen)
- Nr. 8:** Stefan Tidow, Das "Modell Österreich". Korporatistische Regulierung im Umbruch, (November 1996) UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 9:** Kai Michelsen, Die gescheiterte Transformation des "schwedischen Modells", (Februar 1997) UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 10:** Labour Markets and Employment Policy in the European Union. Contributions by Alain Lipietz, Martin Seeleib-Kaiser, Hans-Wolfgang Platzer, Gerda Falkner, Andreas Aust/Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber/Stefan Tidow, Michael Barrat Brown, Frieder Otto Wolf, Joachim Denking, Europäischer Metallgewerkschaftsbund and Nikos Kotzias, (März 1997) UKB 15 EURO
- Nr. 11:** Robert W. Cox, Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“, mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe und Stefan Tidow, (Dezember 1998), UKB 12,50 EURO
- Nr. 12:** Jochen Steinhilber, Die französische Europadebatte der achtziger und neunziger Jahre – Zwischen nationalstaatlicher Konsolidierung und Europäischer Integration, (Dezember 1998), UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 13:** Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber (Eds.), Dimensions of a Critical Theory of European Integration. Contributions by Frank Deppe, Stephen Gill, Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber, Henk Overbeek, Bastiaan van Appeldoorn, Magnus Ryner and Dieter Plehwe, (März 2000) 184 Seiten, UKB 12,50 EURO
- Nr. 14:** Ho-Geun Lee, Die Europäische Sozialpolitik im System der Mehrebenenregulation. Vom nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum „europäischen schumpeterianischen Leistungsregime“, (Juni 2000), UKB 20 EURO.
- Nr. 15:** Frank Deppe/Stefan Tidow (Hg.), Europäische Beschäftigungspolitik. Mit Beiträgen von: Martin Beckmann, Alvaro Berriel Díaz, Frank Deppe, Patrick Dold, Michael Felder, Gabriele Gilbert, Sven Gronau, Christina Jung, Jochen Steinhilber und Stefan Tidow (Oktober 2000), UKB 12,50 EURO
- Nr.16:** Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling (Hg.), Finanzmarktintegration und die Transformation der Corporate Governance Systeme in der Europäischen Union. Mit Beiträgen von: Martin Beckmann; Hans-Jürgen Bieling; Alexander Heftrich; Daniel Lambach; Emanuel Maess und Klaus Pokorný (Mai 2002), UKB 12 EURO

Nr. 17: Martin Beckmann, Shareholder-Ökonomie und die Reform der Alterssicherungssysteme in der Europäischen Union (*September 2002*), UKB 12 EURO

Nr. 18: Martin Beckmann; Hans-Jürgen Bieling; Frank Deppe (Hg.), The Emergence of a new Euro Capitalism? Implications for Analysis and Politics. Mit Beiträgen von: Hans-Jürgen Bieling; Dorothee Bohle; Frank Deppe; Sam Gindin/Leo Panitch; John Grahl; Christoph Scherrer (*April 2003*), UKB 12 EURO

Nr. 19: Woontack Lim, Zur Transformation der industriellen Beziehungen in den europäischen Wohlfahrtsstaaten: von der sozialgerechten Produktivitätspolitik zur wettbewerbsorientierten Ungleichheit (*September 2003*), UKB 17 EURO

FEG Arbeitspapiere

Nr. 1: Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen, (*Februar 1990*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 2: Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration, (*Mai 1990*) UKB 6 DM (*vergriffen*)

Nr. 3: Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten, (*Januar 1991*) UKB 7 DM (*vergriffen*)

Nr. 4: Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, (*März 1991*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 5: Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, (*August 1991*) UKB 3,50 EURO

Nr. 6: Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, (*März 1992*) UKB 12 DM (*vergriffen*)

Nr. 7: Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen, (*Januar 1993*) UKB 7,50 EURO

Nr. 8: Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, (*Januar 1993*) UKB 6,50 EURO

Nr. 9: Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe, (*Marburg/Lahn 1992*)

Nr. 10: Frank Deppe/Michael Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), (*September 1993*) UKB 7,50 EURO

Nr. 11: Ho Geun Lee, Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, (*Januar 1994*) UKB 13 DM (*vergriffen*)

Nr. 12: Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hrsg.), Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?, (*Januar 1994*) UKB 15 DM (*vergriffen*)

Nr. 13: Dorothee Bohle, Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht, (*September 1994*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 14: Thorsten Schulten, "European Works Councils" - New Forms of European Labour Relations Regulation?, (*März 1996*) UKB 10 DM

Nr. 15: Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger, Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration - Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, (*April 1996*) UKB 7,50 EURO

Nr. 16: Dieter Boris, Kristine Hirschhorn, North Atlantic Free Trade Association (NAFTA) - Consequences of Neoliberal Market Strategies for Mexico and Canada, (*August 1996*), UKB 5 Euro

Nr. 17: Hajo Holst, Das EU-Referendum in Norwegen 1994 – Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, Sozialdemokratie und neoliberale Hegemonie, (*September 1998*), UKB 4 Euro

Nr. 18: Stefan Tidow, Europäische Beschäftigungspolitik. Die Entstehung eines neuen Politikfeldes: Ursachen, Hintergründe und Verlauf des politischen Prozesses (*Oktober 1998*), UKB 7,50 EURO

Nr. 19: Otto Holman, Neoliberale Restrukturierung, transnationale Wirtschaftsbeziehungen und die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa, (*Dezember 1999*), UKB 6,50 EURO

Nr. 20: Hans-Jürgen Bieling, Sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der neoliberalen Konstellation, (*April 2000*), UKB 6,50 EURO.

Nr. 21: Werner Raza, Entstaatlichung lokaler öffentlicher Dienstleistungserbringung in der Europäischen Union, (*November 2001*), UKB 6,50 EURO.

Nr. 22: Clyde W. Barrow, God, Money, and the State. The Spirits of American Empire, (*Januar 2004*), UKB 6,50 EURO.

Nr. 23: Stefan Schmalz, Die Verhandlungen zur panamerikanischen Freihandelszone ALCA, Hegemonieverfall neoliberaler Politikkonzeptionen in Lateinamerika?(*Juni 2004*), UKB 7 EURO.

FEG: Leiter: Prof. Dr. F. Deppe, HD. Dr. H.-J. Bieling

Redaktion Arbeitspapiere und Studien: Bea Müller, Stefan Schmalz

Bestellungen an FEG,

Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg,

Wilhelm-Röpke-Straße 6, Block G, 35032 Marburg, Tel.: 06421/2825685

E-Mail: feg@mail.uni-marburg.de